Der 7. Frauenkongress in Albanien Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 30.Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Streiks in Bremen

Die Kampffront erstarkt!

Hinter verschlossenen Türen berät das Kapital mit Staats- und DGB-Vertretern, wie die spontane Bewegung gegen die Teuerung in Griff zu bekommen sei, um die Stabilität der Profitsteigerung zu sichern. Die Teuerungsuzlage von 280,– DM für die Stahlarbeiter war zwar ein Almosen, aber auch ein Zeichen, daß es den Herrschaften unter dem Hintern heiß wird. Die Metaller halten nicht mehr still, trotz Urlaubszeit, trotz Stabilitätsgerede. Nach den Streiks im Ruhrgebiet hat jetzt die Bewebung auch auf Norddeutschland übergegriffen. Die Vulkan-Arbeiter gingen voran.



WER IST FÜR DEN STREIK? – Die Hände der Bremer Vulkan-Arbeiter gehen in die Höhe.



WER IST GEGEN DEN STREIK? – Direktor Dr. Huckzermeier hebt als einer der wenigen die Hand, und zeigt damit, welch kleine Minderheit hierzulande noch die Macht besitzt.

Ausserordentliche Betriebsversammlung am 14.Juni: 4 000 Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft fordern eine Teuerungszulage von 70 DM* netto; gleichzeitig den 13. Monatslohn und volle Bezahlung der Streikzeiten. Denn jetzt beginnt der Streik. Die Kampfbedingungen sind günstig. Wie auch anderwärts sind die Auftragsbücher der Werftbosse voll, ein Stapellauf steht kurz bevor. 20% Dividendenausschüttung, Kapitalaufstockung und zusätzliche Profite aus dem Bonner Werft-Hilfs-Programm auf Steuerzahlers Kosten – das wissen die Kollegen und ihre Schlussfolgerung heisst: **'Unsere Forderungen müssen wir voll durchsetzen.'**

* monatlich

Sofort nach der Betriebsversammlung brechen 4 000 Vulkan-Arbeiter zu einem 2-stündigen Demonstrationszug gdurch die Stadt auf. Die Kollegen der anderen Betriebe halten da nicht still:

Wamstreiks auf der Seebeck-Werft in Bremerhaven und den Rheinstahl-Nordsse-Werken in Emden. 50 Arbeiter der AG 'Weser' in Bremen ziehen zum Betriebsratsbüro. Sie wenden sich gegen die Mauschelpolitik der Geheimverhandlungen und fordem sofortige Durchführung einer Betriebsversammlung. Sie fordem wie die Vulkan-Arbeiter 70 DM.

Vulkan hat nicht nur das Signal gegeben, der Kampf der Vulkan-Arbeiter ist auch ein Beispiel und Beweis für die Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse. Beispielhaft war die Geschlossenheit: Die ausländischen Kollegen und die Frauen standen mit in der vordersten Reihe. **Beispielhaft war die Selbständigkeit und Ausdauer: Jeden Morgen versammelten sich die Arbeiter auf der grossen Wiese vor dem Hauptor, nahmen die neuesten Berichte entgegen, diskutierten die Lage und beschlossen einstimmig die Weiterführung des Streiks. Eine ganze Woche lang.**

Fortsetzung auf Seite 3

Rebellion der Massen ist gerechtfertigt!

Es geht wieder um in Westdeutschland, in Europa und in der Welt: Das Gespenst der Krise, des Zusammenbruchs. Von der Dollarkrise bis zur Umweltverschmutzung, von plötzlichen Konkursen und ebenso plötzlichen Fusionen in Riesenausmaßen bis zum Verkehrschaos von Regierungshäuptern von Washington, London bis Bonn – überall Unsicherheit, Chaos, Verrottung.

Die Kapitalisten dieser Länder sind bereits eifrig dabei, Pläne zu schmieden, wie sich aus diesen trüben Gewässern die dicksten Fische angeln lassen.

Ein Blick auf den Haushalt der Bundesregierung genügt, um zu erkennen, welche Chance das westdeutsche Kapital wittert. Schulden überall, keine Schulen, keine Krankenhäuser, Hungerrenten usw. Aber der Rüstungshaushalt wird nicht angetastet, sondern im Gegenteil erweitert. Das zeigt, daß mit der neu entdeckten Freundschaft mit den ehemaligen Gegnern im kalten Krieg nicht die ewige Friedenszeit angebrochen sein kann – daß im Gegenteil auf die militärische Absicherung der Pfründe in Afrika, Lateinamerika ,in Westeuropa hingearbeitet wird, daß vor allen die Chance einer Wiedereroberung der 'verlorengegangenen Gebiete' im Osten Europas gesehen wird. Lonhraub, Arbeitshetze, Teuerung – das ist die Rechnung, die die Arbeiterklasse, die die Werktätigen dafür zahlen sollen.

Aber die Massen weigern sich zunehmend. Überall entflammt der Kampf gegen die kapitalistische Wirklichkeit.

Die Arbeiter in den Betrieben kämpfen gegen Lohnraub und Teuerung. Hausfrauen stehen ihnen zur Seite. In der Armee werden Befehle verweigert, Beschwerden häufen sich, Soldaten beginnen mit dem Gedanken zu spielen, die Gewehre einmal gegen die verhassten Vorgesetzten zu richten. Mieter wehren sich. Eine Wohnungsordnung, bei der hunderte, ja tausende von Wohnungen leer stehen, damit in anderen um so höhere Mieten verlangt werden können, wird mit Besetzungen, mit Barrikaden geantwortet. Die Bauern protestieren gegen die doppelte Ausplünderung von Seiten der Nahrungsmittelkonzerne und der Regierung. Studenten kämpfen an der Universität gegen das immer teurer werdende Studium, gegen Drill- und Büffelstudium, gegen die Lügen der bürgerlichen Wissenschaft. Lehrer wenden sich gegen die doppelzüngige Politik von grossen Bildungsplänen und einer Wirklichkeit, die den Kindern keine Schulen, keine Lehrer, dafür aber Lügen über die Wirklichkeit dieser Gesellschaftsordnung bringt. Krankenschwestern und Ärzte kämpfen gegen ein 'Gesundheitswesen', das jedem, der nicht auf ein entsprechendes Bankkonto verweisen kann, eher Krankheit und Tod als Gesundung bringt. Ganze Städte kämpfen gegen Umweltverschmutzung, kämpfen gegen Nato-Übungsplätze. Tausende gehen auf die Strasse, weil sie die sozialen Probleme endlich lösen wollen.

In den Parteien der Bourgeoisie, von der CDU bis zur D'K'P, fordern Werktätige die Einlösung der Wahlversprechen. In den Gewerkschaften widersetzen sich ganze Orts- und Kreisausschüsse der Verratspolitik der Bonzen.

Das Volk hat die Ärmel aufgekrempelt und beginnt ebenfalls für Ordnung zu sorgen. Für eine Ordnung in seinem Sinn. Die Breite der Bewegung, an der die verschiedensten Schichten beteiligt sind, die zu ökonomischen, sozialen und politischen Fragen auf den Plan tritt, zeigt ganz klar: Die Massen haben durch die Tat begonnen, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Und weil ihr Kampf die Breite aller gesellschaftlichen Fragen umfasst, ist er auf die Dauer mit Teillösungen die Flamme des gesamten Kampfes nicht zu löschen. Immer wieder springt der Funke über. Dieser breite Kampf der Massen kann seine Lösung nur in einer radikalen Änderung des gesamten gesellschaftlichen Lebens finden. **Diese Bewegung ist erst dann am Ziel, wenn sie wie das chinesische, wie das albanische Volk nach einem revolutionären Umsturz eine Ordnung geschaffen hat, in der die Volksmassen all das in die Tat umsetzen können, was sie heute bereits anstreben.**

Der Klassengegner weiss das genau. Nicht umsonst sind alle Pläne nach Expansion, nach weiterer Ausplünderung der Massen begleitet von weiteren Massnahmen der Faschisierung.

Schon heute lässt sich deutlich die Zeit absehen, wo die Bourgeoisie nicht mehr herrschen kann und die Massen nicht mehr beherrscht werden wollen.

Die herrschende Klasse versucht dem Ansturm der Massen nicht nur mit nackter Gewalt zu begegnen. Nach dem Prinzip, dass man den Feind am besten von innen her bekämpft, setzt sie die modernen Revisionisten ein. Sie, die teilweise aus den Reihen der Arbeiter selbst stammen, die sich auf die grossen Führer der revolutionären Arbeiterbewegung berufen, versuchen den Massen, die erst dabei sind, ihre Kräfte zu erproben, einzureden, dass sie keine Kraft darstellen, dass sie nichts ändern können. Nehmen die Massen doch den Kampf auf, stellen sie sich warnend an die Spitze, um vor allem dem Arbeiter klarzumachen, dass es ihm nicht ansteht, mit der Faust auf den Tisch zu hauen, dass er vielmehr bescheiden sein muss; Ja, nicht den Zorn des Herren reizen, das ist ihre Devise. Wie ein Sklave betteln – ja. Wie ein Prolet kämpfen – nein.

Die Revisionisten hassen an den Massen, an den echten Kommunisten das gleiche, wie die Bourgeoisie auch: den Klassenstolz, das keimende Bewusstsein, dass es allein die Arbeiterklasse, dass es allein die Massen sind, die das Schicksal des Volkes zu seinem Wohl lenken können.
Denn mit ihrem Wust von Verbesserungsvorschlägen an die Bourgeoisie, als Belohnung für ihre acht-Groschen-Dienste, spekulieren sie darauf, selbst einmal als neue Herren die Peitsche über dem Arbeiter schwingen zu können. Ihr grosses Vorbild dabei sind die, die es schon geschafft haben: die Führer der SPD, die Gewerkschaftsbonzen, die heute bereits selber Kapitalisten geworden sind.

Deshalb, wegen ihrer arbeiterfeindlichen Zukunftspläne fürchten sie auch die revolutionäre Gewalt der Massen, deshalb fürchten sie die Revolution wie die Pest.

Weil sie fürchteten, dass die Kugeln der Revolution auf ihrem eigenen Pelz brennen würden, deshalb war es 1918/19, 1923 das Hauptbestreben der SPD-Führer, den Arbeitern die eroberten Gewehre wieder wegzunehmen. Deshalb war es eine der ersten Massnahmen der Revisionisten in der SU, in der DDR und anderen revisionistisch entarteten Ländern, den Arbeitern die Waffen wieder aus der Hand zu nehmen.

Fortsetzung auf Seite 4

Die Völker haben die Verbrechen des deutschen Imperialismus nicht vergessen!

Der Grundvertrag ist in Kraft getreten. Hinter sorgfältig geschürten Friedensillusionen verstecken sich in ihm handfeste Interessen imperialistischer Grossmächte. (siehe ausführlich RM 23/72). Die DDR wird zum Schacherobjekt zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Imperialisten.

DDR-Revisionist Honnecker will darüber hinwegtäuschen:
"Eine offene deutsche Frage gibt es nicht mehr. Auf dem europäischen Kontinent ist das Eis des kalten Krieges gebrochen worden und allen Widerständen zum Trotz zieht der Geist der Entspannung ein."

Für die westdeutschen Revanchisten ist die 'deutsche Frage' – die Frage der Rückeroberung der verlorenen Gebiete im Osten – noch lange nicht geklärt. Gerade jetzt betont Leber: 'Nicht sich im Gefühl falscher Sicherheit wiegen; nicht in den Rüstungsanstrengungen nachlassen!' – 28 Milliarden Rüstungshaushalt wurden jetzt verabschiedet, wieder der höchste seit Bestehen der Bundesrepublik.

Brandt unterstützt voll den Aufruf des Revanchegremiums 'Unteilbares Deutschland' zum 17.Juni, in dem es heisst: "Einheit der Nation, die Freiheit, das Bewusstsein der menschlichen Zugehörigkeit... bleibt eine Herausforderung an alle Deutschen."!

Ende des kalten Krieges?!
Die Revanchepläne haben sich nicht geändert. Geändert haben sich die Machtverhältnisse in der DDR. Solange sie noch wirklich sozialistischer Staat deutscher Nation war, galt ihr Kampf auch für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland. Mit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der DDR, mit dem Ausverkauf der Souveränität der DDR an die sowjetischen Sozialimperialisten, musste die Honnecker-Clique auch den Schachergeschäft zwischen Breshnew-Brandt über die DDR zujubeln. Denn die Arbeiterklasse in der DDR hat die Gefahr des Revanchismus nicht vergessen und soll so mit dem Grundvertrag getäuscht werden.

Die angeblichen menschlichen Erleichterungen werden gross herausgestellt. So z.B. der kleine Grenzverkehr zwischen DBR und DDR. Sicher, viele Familien werden sich wiedersehen. Aber die westdeutschen Imperialisten versprechen sich ganz andere 'Erleichterungen'. War früher Westberlin die einzige grosse Pforte, um in die DDR einzudringen, so steht heute die ganze Breitseite der DDR offen. Die Grenze ist durchlöchert, die Unterminierung der DDR kann beginnen. Ein Dorado für Agenten, die nicht mehr der Meldepflicht in der DDR unterstehen, freie Bahn für Währungsschiebereien, für die Zersetzung der DDR-Währung, wie in Berlin bereits vorexerziert (Kurs 1:4 durch die Bundesbank; 1:1 im Umtausch der DDR). Auch das gehört z.B. zur Vorbereitung der Annexion der DDR.

Gleichzeitig mit dem Grundvertrag landete Bonn einen weiteren Erfolg seiner Revanchepolitik. Der Vertrag mit der CSSR wurde unterzeichnet. Das Münchner Abkommen wurde für 'heute nichtig' erklärt, jedoch nicht als 'von Anfang an ungültig', worauf die CSSR-Regierung ursprünglich bestanden hatte. Das heisst: Die Bonner Revanchisten verzichten grosszügig heute noch auf weitere Forderungen auf der Grundlage des erpresserischen Münchner Abkommens von 1938 zwischen Hitler, Daladier und Chamberlain. Allerdings halten sie den Anspruch auf all das aufrecht, was die deutschen Monopole während des Hitlerfaschismus angerichtet und gerafft haben:

"Dieser Vertrag berührt nicht die Rechtswirkung, die sich in Bezug auf natürliche und juristische Personen (Firmen usw. – RM) **aus der Zeit vom 30.September 1938 bis zum 9.Mai 1945 angewendeten Recht ergeben."**

Umgekehrt lehnt Bonn jeden Anspruch der CSSR ab, der sich aus den Verbrechen des Hitlerfaschismus am tschechoslowakischen Volk ergeben könnte. Dazu heisst es:

"Dieser Vertrag bildet mit seiner Erklärung über das Münchner Abkommen keine Rechtsgrundlage für materielle Ansprüche der CSSR und ihrer natürlichen und juristischen Personen."

So sieht also die 'friedliche Koexistenz' zwischen den Kremlzaren und ihrer Lakaien in Ostberlin und Prag mit Bonn aus: Einseitige Verträge auf Kosten der Souveränität kleinerer Staaten, auf Kosten der Sicherheit der Völker! Darüber kann der gemeinsame Chor der Volksfeinde in Bonn, Moskau, Ostberlin und Prag nicht hinwegtäuschen.

Die Völker haben nicht vergessen, was sie im II. Weltkrieg an Blut und Opfern brachten, um den raubgierigen deutschen Imperialismus niederzuschlagen. Sie haben nicht die Forderung des Potsdamer Abkommens von 1945 vergessen, deren Durchführung die Beseitigung des aggressiven deutschen Imperialismus und damit mehr Sicherheit für Europa gebracht hätte. Sicherheit in Europa kommt nicht von den Verhandlungen in Helsinki, wo die Frage des Friedensvertrages Deutschlands mit allen europäischen Staaten, die gegen den Hitlerfaschismus kämpften, unter den Tisch gefegt wurde. Sicherheit kommt nicht von dort, wo der Verschacherung der Souveränität der DDR und CSSR, wie sie sich in den beiden Abkommen ausdrückt, Beifall geklatscht wird.

Die KPD/ML kämpft weiter unter dem Banner des proletarischen Internationalismus gegen den Schacher der Supermächte und ihres westdeutschen Schosshundes über die europäischen Völker. Wir kämpfen gegen den Bruch der Souveränität der DDR durch die westdeutschen Revanchisten – für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Wir fordern die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an. Wir wenden uns gegen die unverhüllte Annexion Westberlins durch Bonn. Wir unterstützen den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR für die Wiedererrichtung der Arbeitermacht. Friedliche Wiedervereinigung kann es nur geben, wenn in West- und Ostdeutschland die Arbeiter die Macht ergriffen haben. Unser Ziel: Ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

01.3.	Leser aus Marburg	6,–
	Bücherspende Marburg	586,66
	S.H.W., England	23,50
	R.E., Westberlin	13,–
	W.K., Essen	10,–
06.3.	Zelle Borsig, Westberlin	85,–
07.3.	Arbeiterrunde Charlottenburg	23,–
08.3.	B.H., Nürnberg	15,–
	RM-Basar München	486,20
13.3.	L.W., Neizenheim	9,–
	KSB/ML Würzburg	50,–
14.3.	Faschingsfest München	40,11
	Roter Wedding Westberlin	20,–
19.3.	R.P., Kiel	50,–
20.3.	M.G., Giessen	24,–
	M.S., Giessen	24,–
	W., Giessen	24,–
	R.B., Ladenbach	04,–
	KSB/ML Giessen	21,80
22.3.	KJVD bei Siemens/Westberlin	50,–
	Rote Kugel Westberlin	70,–
26.3.	Zelle Zellerau, Würzburg	20,–
	OG Essen	50,–
	Arbeitertreff Hannover	70,–
29.3.	U.E., Hamburg	5,–
	Schülergewerkschaft Marburg	161,70
30.3.	Kieler Genossen	70,–
	KSB/ML Kiel	61,20
	Sympathisant Diedrichsdorf	240,–
	Sympathisanten Friedrichsort, Kiel	485,–
03.4.	Genossen aus Mannheim	30,–
04.4.	Spende aus Berlin	16,–
05.4.	W.E., München	05,–
	Kunden des Thälmann-Buchladens, Kiel	40,–
11.4.	E.S., Kiel	50,–
19.4.	E.B., Nauheim	190,50
	L.M., Hamburg	30,–
22.4.	M.S., München	50,–
27.4.	E.B., Essen	10,–
	Spende aus Bochum	8,–
	Spende aus Köln	13,–
	Spende aus Dortmund	15,30
	Auf Demonstration in Bonn	10,–
30.4.	Bremer RM-Leser	20,–
02.5.	M.S., Neumünster	15,–
03.5.	H.L., Berlin	5,–

Wir danken allen Freunden und Genossen! DM 3 281,97

Breschnew:

"Auf ihre Gesundheit, Genosse Nixon!"

Wenn sich zwei Imperialisten als Genossen bezeichnen, ist das ein Alarmsignal für die Völker der Welt. Wenn es sich dabei um die beiden Vertreter der Supermächte USA und SU handelt, dann droht höchste Gefahr. Kollaboration zwischen den beiden Supermächten kann nur einem Ziel dienen, nämlich der Zusammenarbeit gegen den Sozialismus und die Befreiung der Völker. Genau das ist es auch, was bei dem Treffen zwischen Nixon und Breschnew auf der Tagesordnung steht. Die beiden Supermächte wollen ihre Einflussphären auf der Welt untereinander aushandeln. Beide sehen sie ihre Weltmachtinteressen bedroht durch die ständig neuen Siege der um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Jeder revolutionäre Sieg der Völker bedeutet für sie einen weissen Fleck auf der Landkarte, ausgeklammert für Ausplünderung und Ausbeutung, weniger politische Macht.

Die Zusammenarbeit bei der Ausplünderung und Unterdrückung von kleineren Ländern auf der ganzen Welt läuft schon geraume Zeit. Deutlich zeigt sich dies, wo es darum geht, die Erdölländer des Nahen Ostens unter dem imperialistischen Stiefel zu halten. Die SU hat den ehemaligen Rogersplan übernommen, den Plan der Zusammenarbeit der Supermächte bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Länder des Nahen Ostens. Moskau hat die Sache dann auch auf die klassische Formulierung gebracht: 'Friedliche Beilegung des Nah-Ost-Konflikts', d.h. Niederhaltung des Befreiungskampfes mittels der vereinten Militärgewalt der USA und SU.

Heute hat sich die Lage für die arabischen Völker zugespitzt. Nicht von ungefähr warnt die ägyptische Regierungszeitung AL-Ahram angesichts des Treffens Nixon Breschnew: "Beide Parteien dürfen sich jedoch nicht das Monopol anmassen, über das Schicksal der Welt zu entscheiden..." "Alle Nationen haben das Recht, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden und ihre eigene politische Zukunft zu wählen."

Insbesondere stellt die Politik der Zusammenarbeit der Supermächte eine akute Bedrohung der VR China dar. Zwar werden Gespräche zu diesem Thema hinter verschlossenen Türen geführt, aber die gesamte Diplomatie, die sich um die Breschnew-Besuche sowohl in Europa als auch bei Nixon in den USA rankt, läuft auf ein Ziel hinaus, nämlich: Die Isolierung der VR China auf der Welt voranzutreiben, Stillhaltegarantien für den Fall einer kriegerischen Intervention in die VR China zu erwerben und dafür gewisse Zugeständnisse zu gewähren und schliesslich Absprachen über die Aufteilung der VR China, bzw. des ganzen asiatischen Raumes unter die Supermächte.

Eine gefährliche Weiterentwicklung in dieser Richtung bildet das von Nixon und Breschnew geschlossene Abkommen 'zur Vermeidung einer gegenseitigen atomaren oder gefährlichen militärischen Konfrontation'. Ein solcher Nichtangriffspakt, sprich 'Stillhalteabkommen' beinhaltet bei Imperialisten auch schon immer einen gegenseitigen Beistandspakt für einen Angriff auf ein anderes Land.

Die Sowjets brauchen nur einen Scheinangriff zu inszenieren, so wie die Hitlerfaschisten bei dem Sender Gleiwitz, und schon können US- und- SU- Truppen gegen die VR China rollen. Zynisch drückt das Henry Kissinger so aus: "Man kann auch umgekehrt sagen, dass der Vertrag eine diplomatische Abschreckung chinesischer Nuklearpläne gegenüber der Sowjetunion ist...

Dieses Argument der USA mit den sowjetischen Sozialimperialisten hat auch seinen materiellen Hintergrund. Die Sozialimperialisten benutzen diederzeitige schwierige Situation des US-Imperialismus Der Vietnamkrieg und die hauptsächlich durch die wahnwitzige Rüstungsindustrie verursachte Dollarinflation, als auch die angeschlagene Wirtschaft der USA, machen die US-Monopole heisshungrig nach neuen Absatzmärkten, Einflussphären und Rohstoffquellen und somit aufgeschlossen gegenüber sowjetischer Angebote.

So ist auch beim Besuch des Kremlzaren Breschnew in den USA ein neuer, noch abenteuerlicherer Plan für Geschäfte im Gespräch. Ein besonders fetter Happen soll den US-Imperialismus ¡reizen¡, mit den Sowjets gemeinsame Sache zu machen. Die Sowjets bieten: Das grösste Erdgasgeschäft der Geschichte, die Erschliessung der Erdgasvorkommen Sibiriens durch die USA.

Riesige Kredite sollen dafür vom US-Senat locker gemacht werden, die Meistbegünstigungsklausel für Sowjetimporte muss durchgesetzt werden, d.h. die SU braucht Dollars zum bezahlen. Für den Papierdollar, den auf der Erde niemand mehr will, darf die SU ihr Handelsmonopol des Comecon für die USA öffnen, um an diese Dollars zu kommen. 'Alles für den Export!' – mit Normheraufsetzung für die Werktätigen, mit Einschränkung der Produktion für die Bedürfnisse der sowjetischen Werktätigen – das ist die Konsequenz der Kremlpolitik.

Für die Stahlkonzerne und Werften ist mit dem Erdgasgeschäft ein neuer Boom in Aussicht. 70 Milliarden soll die Tankerflotte kosten, die das Erdgas von Sibirien nach den USA bringen soll. Für ein solches Geschäft werden sich in der Lobby der USA natürlich breite Kräfte finden, die für eine gewisse Zeit zu einer Kooperation mit den Sozialimperialisten bereit sind.

Sollte dieses Geschäft zustandekommen, so bedeutet das eine akute Verschärfung der Gefahr eines Krieges gegen die VR China. Ein Angriff, der von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist, denn das bewaffnete chinesische Volk lässt sich nicht unterkriegen durch die noch so modernen Waffen der Imperialisten.

Die USA sind gescheitert an dem kleinen entschlossen kämpfenden Volk Vietnams, wie viel grösser wird die Niederlage sein, wenn Imperialisten sich gegen das 800 Millionenvolk, das Bollwerk der Weltrevolution, die VR China verschwören. Es wird ein Krieg sein für die Imperialisten, ohne Hinterland, gegen die Völker der ganzen Welt, gegen ihr eigenes Volk. Die VR China ist auf einen Angriff vorbereitet.

Aber Stalin warnte schon 1936 vor der Illusion, dass die Einigkeit der Imperialisten im Kampf gegen die sozialistischen Länder das Einzige sei. Die Widerspruche zwischen den Imperialisten können und werden nicht aufgehoben, im Gegenteil, je mehr eine imperialistische Grossmacht seine aggressiven Kräfte auf das Land der Arbeitermacht konzentriert, desto schwächer wird seine Flanke, desto kriegslüsterner wird auch sein Konkurrent. Es ist so, wie Lenin sagte: "Abkommen zwischen Imperialisten sind Atempausen zwischen Kriegen!"

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 3607. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67 – 203 (Ernst Aust) (bleibt vorläufig). Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bergbautarifrunde

Eine Front gegen Spalter!

Während bei Stahl und Metall Streikkämpfe gegen die Teuerung und gegen den Tariffrieden aufflammen, bereiten die Bergbau-Kumpel ihren Tarifkampf vor. Die Zechenherren und ihre Gefolgsleute haben natürlich mächtig Sorge, daß die Bergarbeiter durch die allgemeine Bewegung mitgerissen werden und ihre Kampfkraft in selbständiger Aktion wieder unter Beweis stellen. Denn das haben sie schon oft, und nur so auch kämpften sie ihre Forderungen durch.

Während der Septemberstreiks von 1969 schlossen die Saarkumpels an das Ruhr-Lohnniveau auf, mit mehreren Mark pro Schicht. Durch Streikkampf wurden die Zechenherren ausserhalb der Tarifrunde gezwungen, allen 3,50 DM pro Schicht zuzulegen. 1969, als die Kumpels von Hansa und Pluto mit roten Fahnen auf die Strassen gingen, kamen ca. 10% Lohnerhöhung heraus. Und wie sah es die folgenden Jahre aus, als die IGBe-Bonzen es schafften, jede Streikbewegung niederzuringen,?

1970: 7,7% Lohnerhöhung, Preise: 3%

1971: 7,3% Lohnerhöhung, Preise: 4%

1972: 7,0% Lohnerhöhung, Preise: 6%.

Da kann RAG-Mitbestimmer Mross scheinheilig feststellen, dass der Bergmann nur noch 247 DM mehr als ein Sozialhilfeempfänger verdient!
Hinzu kommt dank unserer Mitbestimmer in der IGBe: Einrechnung der Sozialzulage, was für Familienväter Lohnraub ist. Kürzung der übertariflichen und Schweisserzulagen u.a.

Vor allem haben sie ihre Spaltungsinstrumente kräftig weiter ausgebaut: Nicht nur ledige und Familienväter, alle Kumpel sollen schon im Lohn gegeneinander ausgespielt werden. Daher wurde 1971 die Lohnordnung durchgepeitscht. Sie ist die wichtigste Grundlage der Spaltung im Pütt: Über und unter Tage, drei Hauergruppen, Schicht- und Gedingearbeiter, Handwerker und Bergleute, junge und alte – die einheitliche Kampffront soll nicht entstehen. Der Unterschied der jetzt 11 Lohngruppen beträgt über 20 DM und wächst mit jeder weiteren prozentualen Lohnerhöhung.
Gleichzeitig sollen alle klassenkämpferischen Betriebsräte mit 20% auf die Lohngruppe und 25 garantierten Schichten bestochen werden.

Die harte Arbeit und Ausbeutung schweisst die Kumpel immer wieder zusammen. Ihre Feinde arbeiten deshalb mit allen Methoden, vor allem mit der Entlassungsangst.

Ein Beispiel von der Belegschaftsversammlung der Zeche Blumenthal in Recklinghausen am 17.Juni, kurz vor dem Beginn weiterer 'Tarifverhandlungen': Betriebsrat und IGBe-Bonze Brandau lässt folgendes fallen:

Das energiepolitische Programm der Bundesregierung (siehe RM Nr. 22/73 werde immer noch diskutiert, bis Ende des Jahres könne man auf verbindliche Konzepte hoffen. Fest stehe aber, dass der westdeutsche Steinkohlenbergbau auf eine Förderquote von 85 Millionen Tonnen im Jahr weiter runterrationalisiert werde. Das sind 20 Millionen Tonnen weniger, das bedeutet Schliessung von 10 Schachtanlagen der Grösse von Blumenthal, das bedeutet Verlust des Arbeitsplatzes für über 40 000 Kumpel!

Brandau geht weiter, er hetzt gegen die ausländischen Kollegen: "Die Belegschaftszahlen sind rückläufig. Es besteht ein Mangel an leistungsfähigen Jahrgängen, gleichzeitig ein Überhang an nicht voll einsetzbaren Kräften (das geht vor allem an die Adresse der Alten und Ausländer – RM). Mit diesem Problem müssen wir (!) fertig werden.

Unter den Türken sind viele Leute, die wir mitschleppen müssen. Darauf habe ich Direktion und Aufsichtsrat aufmerksam gemacht. Wir holen die Türken ins gelobte Land, lassen sie auf unsere Kosten ausbilden. Wenn sie dann laufen und radfahren können, gehen sie zurück."

Mit solch einer Hetze soll gespalten werden. In Wirklichkeit sind es die Zechenherren und die Mitbestimmer selbst, die die türkischen Kollegen immer zahlreicher ins Land holen und einstellen. Machen die Zechen dicht, so hofft man weniger 'Ärger' mit Ausländern zu haben – Kündigung und abgeschoben, ex und hopp.

Aber SPD-Brandau hat auch einen Reformvorschlag: "Ich habe den zuständigen Herren von der RAG den Vorschlag gemacht: Unten in der Türkei die Leute anwerben, dort Deutschunterricht geben und Anlernen. Danach sofortige Anlegung in der Grube. Mein Vorschlag ist von den Unternehmern aufgegriffen worden."

Natürlich, denn so schlagen sie mehrere Fliegen mit einer Klappe. Das importierte Arbeitslosenreservoir soll besser geschult und damit profitabler eingesetzt werden. Die Ausbildungskosten sollen vom türkischen Volk getragen werden. Vor allem hofft man dadurch möglichst viele deutsche Arbeiter zu ersetzen, bevor die Massenentlassungen kommen.

Gegen die Zechenkiller, gegen die berufsmässigen Spalter die einheitliche Kampffront der Kumpel geschmiedet! Weg mit der Lohnordnung! Weg mit der Prozentspaltung – für lineare Lohnerhöhungen! Schluss mit der Hetze gegen ausländische Kollegen!

Die KPD/ML steht auf der Seite der Kumpel. Die Kumpels brauchen die richtige Führung. An der Zeche Blumenthal erschien jetzt die Betriebszeitung der KPD/ML 'Der Stempel'.



Schering: Erst Rausschmiss aus der Gewerkschaft ...

Die Lehrlinge bei Schering in Westberlin haben durch ihre Kampfbereitschaft schon so manche Verbesserung ihrer Ausbildung erreicht. So erzwangen sie vor einem Jahr die Einführung von sog. Verfügungsstunden. Viele haben da gelernt, dass kollektive Beratungen eher zum Ziel führen, als wenn jeder für sich "dahinwurschtelt". Hier wurde auch über die Gewerkschaften und über Politik diskutiert, z.B. über die Bedeutung des Stufenplans und seine Auswirkungen. Hier wurden Aktionen geplant und organisiert. So nahm der Marsch von drei Lehrjahren zum Vorstand, um die Absetzung des fortschrittlichen Dozenten Dr. Repenthin (s. RM-Bericht) zu verhindern, hier seinen Ausgang.

Spätestens von da ab versuchten die Bosse die Verfügungsstunden wieder abzusetzen. Der Betriebsrat übernahm diese Aufgabe. Radikal tönten sie, dass sie mit den Kapitalisten vors Arbeitsgericht ziehen wollten, um deren Verstoss gegen das BVG zu ahnden. Lehrlinge und Jugendvertreter glaubten damals, den Betriebsrat endlich gezwungen zu haben ihre Interessen zu vertreten. Der Irrtum zeigte sich bald: Der Betriebsrat unternahm nichts für die Lehrlinge, sondern verpasste ihnen eine Abmahnung und den Bossen die nötige Zeit, um Dr. Repenthin abzusägen.

Auf erneuten heftigen Widerstand bei den Lehrlingen stiessen die Schering-Bosse, als sie den Stufenplan einführen wollten. Jetzt gingen sie härter vor. Und wieder übernahmen Gewerkschaftsbonzen die Dreckarbeit. Sie eröffneten gegen zwei Jugendvertreter ein Ausschlussverfahren, weil sie sich für eine Podiumsdiskussion zum 1. Mai eingesetzt hatten. Ausserdem warfen die Bonzen ihnen vor, sie würden mit der KPD/ML zusammenarbeiten. Als sich daraufhin die übrigen Jugendvertreter mitverantwortlich für die Aktion erklärten, wurde auch gegen sie ein Verfahren eröffnet. Ausserdem versuchte Stiefellecker Fernandes den Jugendvertrauensleutekörper zu einem "Beratergremium" des Betriebsrates zu degradieren und ihn als eine Ersatzjugendvertretung zu behandeln. Das scheiterte am Widerstand der Mehrheit des JVL. Daraufhin entzogen ihm die Bonzen aus "Verfahrensgründen" die Anerkennung als gewerkschaftliches Gremium.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. In der Weimarer Republik gingen die genauso gegen Gewerkschaftsausschüsse vor, die sich mehrheitlich aus Kommunisten zusammensetzten.

Dann passierte folgendes: Als das 3. Lehrjahr Chemie eine angemeldete Verfügungsstunde abhalten wollte, wurde diese als "illegal" bezeichnet. Promt marschierten die Lehrlinge zum Ausbildungsleiter Bordemann, der zuletzt die Stunde genehmigen musste. Die Lehrlinge meldeten sich bei den entsprechenden Abteilungen ab und hielten ihre Verfügungsstunde bis Arbeitsschluss durch.

Am nächsten Tag flogen vier Lehrlinge aus den Abteilungen. Begründung: Sie seien kaum noch da, die Akademiker wollten deshalb nicht mehr die Verantwortung für die Ausbildung übernehmen. Eine ganze Woche hatten diese vier Lehrlinge keinen neuen Arbeitsplatz. Sie wurden während dieser Zeit zwangsbeurlaubt, mussten sich jeden Tag melden und im Lehrlabor irgendwelche Arbeit machen.

Währenddessen waren die Betriebsräte Knospe und Fernandes emsig bemüht, den "Rädelsführer" ausfindig zu machen. Die Methode, die sie dabei anwandten, kannte schon die Gestapo. Sie pickten sich die "Leistungsschwächsten" aus dem Lehrjahr heraus und drohten ihnen zunächst, dass die Firma sie nicht übernehmen würde, es sei denn, sie wären bereit, Namen zu nennen. Dieser widerliche Erpressungsversuch hatte aberkeinen Erfolg.

Dieser Bericht zeigt, wie dringend notwendig der organisierte Kampf gegen die politische Unterdrückung auch im Betrieb geworden ist.

"ICH BLEIBE KOMMUNISTISCHER GEWERKSCHAFTER!"

Im letzten RM berichteten wir unter dem Titel "Maoisten brauchen wir nicht" über die Entlassung eines Kollegen in einem Eloxal-Werk in der Nähe von Giessen. Als Sprecher der Kollegen hatte er sich gegen den Überstundenterror von Seiten der Unternehmensleitung eingesetzt und war deshalb fristlos entlassen worden. Jetzt versucht die Gewerkschaftsführung das für sie unbequeme Mitglied dazu zu zwingen, seine kommunistische Gesinnung zu verleugnen, andernfalls will sie ihn aus der Gewerkschaft feuern.

In einem Brief nimmt der Kollege gegen die IGM-Bonzen Stellung:

"Ihr fordert mich auf, aus der KPD/ML auszutreten. Ihr droht mir mit meinem Ausschluss aus der IG Metall, falls ich das nicht tue. Zusätzlich droht ihr mir, den gewerkschaftlichen Rechtsschutz für meinen anstehenden Arbeitsgerichtsprozess gegen meine fristlose Entlassung zu entziehen, wenn ich nicht aus der KPD/ML austrete. Das ist eine heimtückische Erpressung!
Dazu erkläre ich:

1. Ich bin zwar nicht Mitglied der KPD/ML, aber ich bin Kommunist und werde Kommunist bleiben. Denn nur der Kommunismus bringt der Arbeiterklasse die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeuterklasse.

2. Ich bin Mitglied der IG Metall seit dem Monat März 1972. Ich bin als Arbeiter bei ... aktiv für die Interessen der Arbeiter - sowohl der gewerkschaftlich organisierten als auch der unorganisierten - innerhalb und ausserhalb der Gewerkschaften eingetreten.

3. Ich habe während meiner Arbeit für die Einheit der Arbeiter in ihren Kämpfen um mehr Lohn und um mehr Rechte im Betrieb gekämpft. Ich habe mich für den Zusammenschluss von Lehrlingen und älteren Arbeitern, von deutschen und ausländischen Arbeitern, Männern und Frauen eingesetzt.

Ich habe mich stets gegen den Lohnraub, die Unterdrückung und Spaltung durch die kapitalistischen Ausbeuter gewandt. Im Interesse der Arbeiter habe ich gegen den Arbeiterverrat, gegen die Berufs-Abwiegelei und Spalterei gekämpft, wie ihn die IG Metallführung in der BRD und hier in... betreiben.

4. Ich habe in diesem Sinn gekämpft, weil ich Kommunist bin. Denn die Pflicht jedes Kommunisten ist es, an vorderster Stelle für die Interessen der Volksmassen zu kämpfen, um ihre Lage zu verbessern und ihnen die politische Macht zu verschaffen. Deswegen habe ich auch als kommunistischer Gewerkschafter in der IG Metall gekämpft. Deswegen kämpfe ich gegen meinen Ausschluss aus der IG Metall und werde dazu die Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder suchen."

Fortsetzung von Seite 1

Bremen ...

Da holte die Geschäftsleitung Heinz Scholz von der IGM heran. Plötzlich war ein 20 Pfg-Angebot auf dem Tisch. Die Streikfront sollte aufgeweicht werden. Einen Tag vor Streikabbruch wurde auf der Versammlung noch über die wichtige Forderung: Bezahlung der Streiktage abgestimmt. Aber da traten schon Gewerkschaftsbonzen auf und erklärten, dass über die Annahme des Ergebnisses nur die V-Leute und der Betriebsrat abstimmen dürften. **Die selbständige Initiative der Arbeiter sollte geraubt werden.** Frühmorgens am nächsten Tag: 5 000 stehen wieder vor dem Tor – und fluchen. Im Fernsehen hatten sie vom Abschluss erfahren: 35 DM waren bei der Mauschelei übriggeblieben. Als BR-Vorsitzender Kirchhoff das Ergebnis vortrug, gellte ihm ein Pfeifkonzert entgegen. Das kommt also heraus, wenn die Gewerkschaftsführung sich plötzlich auf ihre Demokratie besinnt! **Die Vulkan-Arbeiter haben dazugelernt: Vertrauen auf die eigene Kraft, eigene Kampfleitungen wählen, Kampf bis zur vollen Durchsetzung der Forderung!**

Streik bei Klöckner:

Betriebsversammlung bei Klöckner. BR-Vorsitzender Röpke, D'K'P, tönt radikal, denn der Saal ist brechend voll und die Stimmung auf 90 Grad. In Wirklichkeit hat der Betriebsrat, von dessen 27 Mitgliedern 24 in der D'K'P sind, schon längst die Kollegen hintergangen. Während in der Aussprache alle Redner 60 Pfg. mehr fordern, hat der BR 30 Pfg. festgelegt. 60 Pfg. seien utopisch, sagen die Revisionisten, dahinter stehe doch niemand. Als daraufhin ein Arbeiter zur Abstimmung aufruft, wird dieser Vorschlag unter den Tisch geredet. Pfiffe und Buh-Rufe nehmen zu, viele verlassen den Saal.

Da kommt Röpke nochmals ans Mikrofon. Alle hören zu, denn er fängt an, immer lauter zu brüllen und bekommt einen roten Kopf. Er wettert gegen den 'Angriff', die Betriebszeitung der KPD/ML bei Klöckner. Obwohl der 'Angriff' erst seit kurzem erscheint, haben die Revisionisten gemerkt, dass hier ihre Verratspolitik aufgedeckt wird. Die D'K'P-Revisionisten haben Angst, dass die Kollegen sich von ihrem scheinradikalen Gerede nicht mehr vom Kampf abhalten lassen. Und das taten die Klöckner-Arbeiter allerdings bereits einige Tage später nicht länger:

Der Betriebsrat gibt per Aushang bekannt, dass die Direktion seine 30-Pfennig-Forderung ablehnt. Bereits die Spätschicht zog mit einem Zug von 100 Kollegen ins Warmwalzwerk und zum LG-Stahlwerk. **Und voran ein Schild: "60 Pfennig netto für alle!"– Man hörte nicht mehr auf die Bonzen!**

Zur nächsten Frühschicht verteilt der Zirkel KBB (Kommunistischer Bund Bremen) ein Flugblatt, in dem aber keine direkte Streikaufforderung zu lesen ist. 'Der Angriff' Nr.3, die Betriebszeitung der KPD/ML kommt heraus und ruft zum Streik für die 60 Pfennig auf. Er trägt dazu bei, dass in den Abteilungen über einen möglichen Streik diskutiert wird: Wie stark sind wir, wer steht auf unserer Seite, wer dagegen...

Die V-Leuteversammlung teilt schriftlich den Kollegen mit, dass ein neues Lohnrahmenabkommen ausgehandelt worden sei. Die Lohnerhöhungen sind ein Schlag ins Gesicht der Kollegen: Lohngruppe 3: 2 Pfennige, Lohngruppen 4,5,6: 3 Pfg. mehr usw.

'Der Angriff' Nr.4 erscheint: Überschrift: Wir sind keine Almosenempfänger, Heraus zum Streik! 'Der Angriff' wird begrüsst, die Kollegen sind aber noch unentschlossen, wer fängt zuerst an? 10 Uhr abends kommen rund 200 Kollegen aus dem Warmwalzwerk und fordern andere Bänder auf, mitzustreiken. Das LD-Stahlwerk, Kaltwalzwerk und die Hochöfen schliessen sich dem Streik an. Die Arbeiter stehen in den Hallen und diskutieren. Das Werk liegt fast völlig still.

Die Kollegen bei Klöckner haben erfahren, dass die Gewerkschaftsführung, der revisionistisch beherrschte Betriebsrat und V-Leutekörper ihnen in den Rücken fällt, sie haben selbst die Initiative aufgenommen, jetzt muss diese oppositionelle Bewegung organisiert vorgehen. Der Aufbau der Gewerkschaftsopposition auch bei Klöckner ist notwendig. Die Betriebszelle der KPD/ML wird dabei den Klöckner-Arbeitern beweisen, dass wirkliche Kommunisten ihre Klasse konsequent gegen Ausbeutung und Arbeiterverrat in den Kampf führen.

Lehrer an der Seite des Proletariats

Korrespondenz – Wir sind fünf kommunistische Lehrer, die über den ROTEN MORGEN mit Arbeitereltern und anderen fortschrittlichen Lehrern Kontakt aufnehmen wollen. Wir wollen über den Klassenkampf an den Schulen berichten, wie der Staat auch in diesem Bereich versucht, die Interessen des Kapitals durchzusetzen und dabei auf immer breiteren Widerstand stösst. Auch bei der Erziehung der Kinder in der Schule hat der Staat die Aufgabe, die Macht der herrschenden Klasse abzusichern. In einem Arbeiter- und Bauernstaat dient diese Macht der werktätigen Bevölkerung. Im bürgerlichen kapitalistischen Staat dient sie dem herrschenden Kapitalistenpack.

Es setzt den Lehrern durch die Kultusbürokratie Unterrichtsziele, in Bildungsplänen und Rahmenrichtlinien vor die Nase. Nach diesen Plänen sollen wir Lehrer den Kindern den Glauben an das kapitalistische System, an unsere 'demokratische Grundordnung' einflössen. In jedem Schulbuch steht es: die Geschichte wird vom werktätigen Volk nicht gemacht, sondern von 'grossen' Männern.

Wenn wir das nicht tun, wenn wir uns auf die Seite der Arbeiterkinder stellen, von Klassenkampf und Ausbeutung reden und darüber, wie sie beseitigt werden kann, dann werden wir bedroht und entlassen.

Dass wir Lehrer die uns zugedachte Aufgabe auch gut erfüllen, das wird von einem Verwaltungsapparat kontrolliert, der uns vom Rektor angefangen, über den Schulrat bis hin zum Kultusminister überwacht. Schon vor der Einstellung werden beim Verfassungsschutz Erkundigungen über jeden Bewerber eingeholt.

Aber wir sollen den Arbeiterkindern nicht nur die bürgerlichen Interessen eintrichtern, wir sollen ihnen vor allem nur so viel Wissen beibringen, wie sie später im Betrieb brauchen, um für den Kapitalisten willig Profit zu erarbeiten. Denn alles zusätzliche Wissen wäre für die Kapitalisten nur unnötiger Kostenaufwand. Und sie haben ausserdem Angst, dass das Volk seine Unterdrückung noch besser durchschaut. Die vielgepriesenen Bildungsreformen sollen darüber nur hinwegtäuschen. Sie verschaffen dem Kapital einige wenige, höher qualifizierte Arbeitskräfte. **Die Ausbildung für die Masse der Kinder wird jedoch rapide verschlechtert: Viel zu grosse Klassen, zu wenig Lehrer, wobei es jetzt schon hunderte arbeitsloser Lehrer gibt, weil der Staat kein Geld bereitstellt. schlechtausgebildete Lehrer, die zu dem vielfach Fächer unterrichten müssen die sie gar nicht studiert haben, viel zu wenig und schlechtes Unterrichtsmaterial.**

Betroffen sind besonders die Haupt- und Berufsschulen, in denen die Arbeiterkinder sitzen. Um diese vom Kapital gewollte Verdummung zu verschleiern, schiebt man den Kindern dafür noch die Schuld zu und beschimpft sie: 'mit der Klasse ist sowieso nichts mehr zu machen, das ist ja nur noch der dumme Rest, der es nicht auf die höhere Schule geschafft hat,' 'der taugt ja nur noch zum Hilfsarbeiter' usw.

Vielen Lehrern wird die Situation immer unerträglicher. Sie beginnen sich dagegen zu wehren und organisieren. **Immer häufiger entstehen kommunistische Lehrergruppen, die Wege suchen, gegen die kapitalistischen Unterdrückung innerhalb und ausserhalb der Schule zu kämpfen.** Aber die Vereinzelung unter den Lehrern ist noch sehr stark, erstens, weil relativ wenig Lehrer an einem Arbeitsplatz zusammen sind, und zweitens weil die Kultusbürokratie die Lehrer ständig unter Angst hält. Sie schürt Misstrauen und Konkurrenzdenken, so dass kaum einer wagt dem anderen gegenüber seine politische Meinung zu äussern.

Gerade die jungen Lehrer, die mit den besten Vorstellungen an die Schulen kommen und oft an der kapitalistischen Schulwirklichkeit verzweifeln, ist die Verbindung mit anderen Lehrern und die Unterstützung durch die Arbeitereltern wichtig. Gemeinsam mit ihnen müssen sie die Ursachen für die Schulmisere aufdecken und alle Möglichkeiten suchen und nutzen, gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen in der Schule und gegen die Erziehung der Kinder zu treuen Dienern der Kapitalisten zu kämpfen.

Eltern kommt in die Schulen! Schaut in den Unterricht hinein! Nehmt ernst, was eure Kinder an der Schule auszuseten haben und geht dem nach. Lasst euch nicht vom Rektor mit schönen Worten abzpeisen! Geht zu den Eltern versammlungen! möglichst mit euren Freunden! Kandidiert für den Elternbeirat und überlasst dieses Feld nicht den reaktionären Eltern, auch wenn diese mehr Zeit haben und besser reden können.

Wenn wir Lehrer aber die Situation an der Schule wirklich grundlegend ändern wollen, dann müssen wir an der Seite der Arbeiterklasse und unter der Anleitung ihrer revolutionären Partei kämpfen. Nur sie kann uns davor schützen, dass wir auf das Gerede der bürgerlichen Parteien eingeschlossen die D'K'P, von der Verwirklichung der 'Chancengleichheit' und der 'Demokratie' an der Schule hereinfallen. Denn die Arbeiterklasse hat das grösste Interesse an der Beseitigung der bestehenden Ausbeuterordnung und wird deshalb den Kampf ohne Wanken und Kompromisse führen.

Das Volk kann dann bestimmen, was an den Schulen gelehrt wird und die Lehrer für seine Kinder auswählen, wenn das Proletariat die Macht im Staat hat.

Einig gegen die Ausbeuter in Stadt und Land

"Zuckerrübenbauern fühlen sich geprellt – Weniger 'Mitbestimmung' in 'ihren' Zuckerfabriken." mit diesen Überschriften machte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Ende Mai auf die 'Sorgen von 100000 Zuckerrübenbauern aufmerksam.' "Die Landwirte haben im Laufe von 20 Jahren insgesamt 100 Millionen DM aufgebracht und sich in zwei Zuckerunternehmen in Süddeutschland eingekauft, um den Absatz ihrer Zuckerrüben zu sichern und ihre Abhängigkeit von den Zuckerfabriken zu verringern." (FAZ)

"Bei der Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung wären die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat dieser beider Firmen, Deutsche Zucker AG Mannheim und Zuckerfabrik Franken in Ochsenfurt – RM) künftig stärker vertreten ,als die Rübenerzeuger." (LuF 20/73 Hannover)

Wieder einmal wird der Versuch unternommen, Arbeiter und Bauern gegeneinander auszuspielen.

Wer aber steht sich wirklich gegenüber.

Auf der einen Seite immer diesselben Grossbauern, die wir in Bauernverband, Genossenschaften und Bonn wiederfinden. Sie haben der Masse der Rübenerzeuger vorgemacht, dass sie Firmeneigner werden könnten und ihnen damit, das Geld aus der Tasche gezogen. In den wichtigen Gremien sitzen aber die Grossen, die Sperrminoritäten, Fachwissen im Verwalten und ähnliches benutzen sie, um ihren Einfluss zu verfestigen. Ausserdem hat der kleine Bauer auch gar nicht die nötige Zeit, um sich um die rechtmässige Verwaltung seines finanziellen Einsatzes zu kümmern. Der Gegner der Arbeiter ist also nicht der kleine Bauer.

Und auf der anderen Seite? Für die Bauern wird der Arbeiter als Buhmann aufgebaut. In Wirklichkeit steht da nicht der Arbeiter sondern die Gewerkschaftsbonzen, die allein an den Brosamen der paritätischen Mitbestimmung reich werden.

Lassen wir uns also nicht täuschen. Arbeiter und Bauern eine Kampffront & gegen die Ausbeuter in Stadt und Land! .and



Zum Niedrigstpreis von 1,26 DM verscheuerte Frankreich 200000 t Butter an die Sowjetunion. Aus unseren Steuergeldern hat die EWG diese Käufe subventioniert – zum Profit der EWG-Milch-Konzerne und der Sowjetimperialisten. Doch damit nicht genug. Allein 50000 t dieser Butter verkaufte die SU an Chile. Statt der gezahlten 1,26 DM kassierten sie hier 1,86 DM pro Kilo. Ein stattlicher Gewinn – im Namen des proletarischen Imperialismus.

Fortsetzung von Seite 1

Rebellion der Massen ...

Wir Kommunisten dagegen sagen: Rebellion der Massen ist berechtigt. Wir rufen die Massen nicht zurück, wenn sie mit Gewalt gegen verbrecherische US-Offiziere, gegen Nato-Kriegsplätze vorgehen, wenn sie Häuser besetzen, wenn sie in den Universitäten, Schulen kämpfen. Wir sagen ihnen nicht: Eure Anliegen sind zwar berechtigt, aber legt euer Schicksal in unsere Hand, wir werden es besser lenken als die alten Herrn. Wir versprechen ihnen nicht, dass in einem System, wo die Kapitalisten schon im Betrieb bewaffnete Werkschutztrupps haben, wo auch nur beim kleinsten Widerstand Polizeiknüppel auf Frauen und Kinder niederjagen, Freiheit für die Massen, Gerechtigkeit, mehr ist als eine freche Lüge der Herrschenden. Wir versprechen ihnen nicht, dass Freiheit, Friede und Gerechtigkeit ohne Blutvergiessen, ohne Schrecken zu erreichen sind. Wir tun das nicht, weil die Erfahrung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung gezeigt hat: Es geht nicht. Wir tun das auch deshalb nicht, weil wir wissen – das zeigen die Kämpfe heute schon – dass die Massen den Kampf nicht fürchten, dass die Massen mutig sind.

Deshalb rufen wir den Massen zu: Vorwärts, heisst die Parole! Vorwärts, nicht nur in der Heftigkeit des Kampfes. Vorwärts im Vertrauen auf eure eigene Kraft, im Hass auf den Klassengegner. Die Partei kann heute noch nicht überall sein, um mit euch Seite an Seite zu kampfen, um euch anhand der Erfahrungen aus anderen Kämpfen – eurer eigenen und der eurer Väter den richtigen Weg zu weisen. Sei es in der Betriebsversammlung, um den Willen der Arbeiter in Worte zu kleiden, sei es in den Abteilungen, um den Streik zu organisieren, sei es um vom Betriebsterror betroffenen Arbeitern konkret Hilfe zu leisten.

Dass die Partei das noch nicht kann, ist schlecht.
Aber das ist nicht die Schuld derjenigen, die heute in der Partei kämpfen. **Es ist die Schuld derjenigen, die heute heuchlerisch von einer Spaltung bei den Kommunisten reden, die Schuld der Bachmann und Co, die hochmütig auf das 'Häufchen Sektierer' herabblicken.** Sie waren es, die es mit ihrem Verrat fertig gebracht haben, dass die tausendmal stärkere KPD von der Bourgeoisie weniger gefürchtet zu werden brauchte als heute die KPD/ML.

Aber schon heute zeichnet sich ab, dass der Verrat den Untergang der Bourgeoisie nicht aufhalten wird.

Und warum nicht? Weil die wenigen Genossen, die den Kampf in der KPD aufgenommen haben, die 1968/69 die KPD/ML gegründet haben, vom gleichen Holz geschnitzt waren wie einst die Genossen der revolutionären KPD, von gleichem Holz aber vor allem wie die Massen, die heute, obwohl sie praktisch nichts haben als ihre Fäuste, die Bourgeoisie mit einem Riesen-Militärapparat zwingen. Die Erfahrung zeigt klar und eindeutig: Entscheidend ist nicht, wieviele Mitglieder eine Partei hat, entscheidend ist, ob sie die richtige Linie hat, ob sie die Revolution will und sich auch dementsprechend organisiert.
Sie zeigt auch, dass die D'K'P-Führer mit ihrem Vorwurf des Sektierertums niemanden treffen als sich selbst. Sie haben heute noch Vertrauen bei den Massen, weil ihr Verrat an der Revolution noch nicht durchschaut wird. Je öfter sie aber 'wilde' Streiks sabotieren, je öfter sie militante Bewegungen wie in Frankfurt und in Nordhorn/Klausheide beschimpfen, desto grösser wird die Kluft zwischen ihnen und den Massen werden, desto mehr werden sich die Massen der Partei zuwenden.
Die D'K'P-Führer können diese Entwicklung nicht sehen, weil man mit der Brille der Bourgeoisie das Neue in der Bewegung der Massen nicht erkennen kann. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist dieses Neue und sei es noch so klein, das Entscheidende. Denn ihm gehört der Sieg.

Arbeiter, Werktätige, vorwärts auf dem eingeschlagenen Weg! Nehmt den Kampf in die eigene Hand! Organisiert Rote Kampfkomitees! Kämpft für eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Kämpft in der Roten Hilfe gegen politische Unterdrückung, Betriebs- und Gewerkschaftsterror! Kämpft in der Roten Garde! Organisiert euch in eurer Partei, der KPD/ML! Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf!

Revisionistisches

" Seid nett zu Amerika! "

Die sowjetische Presse tat ihr Bestes" um vor und während des Amerika-Besuchs von Leonid Breshnew den 'american way of life' (lies US-Kapitalismus) über den grünen Klee hochzujubeln. Kein Sterbenswörtchen von der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit, die bis zu 12 Millionen US-Arbeiter zu Almosenempfängern der sehr dürftigen staatlichen Wohlfahrt macht. Nichts davon, dass selbst nach amtlichen US-Statistiken 25 Millionen amerikanischer Bürger im reichsten Land der Erde unter dem Existenzminumum dahindämmern. Unterdrükkung der Minderheiten-Neger, Puerto Ricaner, mexikanischer Saison-Arbeiter im Südwesten der USA und der indianischen Bevölkerung. Kein Blick hinter die glänzenden Fassaden des US-Wunderlandes. Prawda und Iswestija stehen hoch über solchen Kleinigkeiten wie der öffentlichen Korruption, der wuchernden Macht des Mafia-Sumpfes, der Mörder-Syndikate, der blühenden Rauschgift-Szene, der Slums, wo nicht nur Kleinkinder unter Ratten und Wanzen verkommen.

Es gibt keine Erklärung, dass ein Zusammenhang zwischen den gigantischen Kapitalzusammenballungen der amerikanischen Konzerne, Trusts und Banken und dem Elend der von den USA ausgesaugten Ländern besteht.

Das weisse Haus ist – glaubt man der Sowjetpresse – zu einem 'die Menschheit beglückenden Schauplatz des Versöhnungswillens' des 'friedlich geregelten Nebeneinanders' der beiden Supermächte geworden. Sogar die Watergate-Affäre, in der sich Nixon windet, erscheint in der veröffentlichten Meinung der Sowjetunion als 'unwürdige Selbstzerfleischung einer grossen Nation', am Ende gar als ein undurchsichtiges Manöver gegen den 'friedenswilligen Präsidenten Nixon'.

Nixon wird fast soviel hofiert wie John F. Kennedy, der von Nikita Chruschtschow wie ein moderner Heiliger gepriesen wurde, für seine Menschlichkeit und seine Vernunft Nun, dieser 'Märtyrer' für den Völkerfrieden und die Verständigung ist komischerweise das Idol der US-Marineinfantrie – der Ledernacken – des CIA, der green baretts und anderer Feuerlöschtrupps des Wallstreet-Imperialismus, die in rebellierenden Gebieten Südamerikas und in Indochina im Blut wateten wie eine moderne SS.

Auch das jetzige Gerede vom 'dauerhaften Frieden für die Welt durch die grossen Zwei' ist schon jetzt als zynische Lüge offenbar. Warum werfen die beiden Supermächte Hunderte von Milliarden für ihre Rüstung hinaus, während jedes Jahr ca. 40 Millionen Menschen verhungern? Warum treiben sich in Laos soviele CIA-Agenten herum, dass sie den Status einer nationalen Minderheit in diesem Land beanspruchen könnten? Warum wird gegenwärtig Kambodscha von den US-Bombern noch schlimmer umgepflügt wie bisher Vietnam? Waffenströme, technisch-wirtschaftliche Hilfe, US-Spezialisten und 'Berater' nach Saigon, Israel, Griechenland, Türkei Spanien, Iran, Südkorea und andere Länder der wildesten faschistischen Niederhaltung der Massen, wie friedlich und sanftmütig ist das? Sadistische Folterungen für die (Ausbeuter)-freiheit und das Gesundwerden des kranken Dollars, schmeckt das nach Entspannung, Vernunft?

Nun ja, riesige rote Fahnen mit Hammer und Sichel und Sowjetstern vor dem weissen Haus sind trügerische Lappen, nicht mehr die Fahnen der Revolution Lenins, sind für die Unterdrückten der Welt ein Hohn. Sie flattern für die gewaltigen amerikanisch-sowjetischen Handelsverträge, für Supergeschäfte im Werte von 750 Millionen Mark. Der Sowjet-Arbeiter hat bald US-Banken und Konzerne im Land. Sein Grossvater hatte gekämpft, um das Kapital aus dem Land zu werfen. Besonders widerlich klingt die enthusiastische Bewunderung der Sowjet-Journalisten für die US-Hotels und Motels, den Komfort, die snack-bars, die Neonlicht-Reklame, die Qualitäten des Ketch-up, die 'Trainerschule' der amerikanischen Jugend (in der die Jagd nach dem Dollar unter rücksichtslosem Gebrauch beider Ellenbogen die oberste Regel ist!)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Keine Ferienreise nach Spanien !

VIVA ESPANA!
NIEDER MIT DER YANKEE-FRANKISTISCHEN DIKTATUR!

Spanien gilt in der Bundesrepublik als eines der beliebtesten Reiseländer. Die Sehnsucht nach Sonne, Sand und Meer hat das Bewusstsein bei vielen verdrängt, dass das spanische Volk unter einer faschistischen Diktatur schmachtet, die mit deutscher Hilfe, mit Hilfe der Hitlernazis an die Macht gekommen ist. Es waren deutsche Gewehre, deutsche Kanonen, deutsche Panzer, deutsche Flugzeuge, die den Freiheitskampf des spanischen Volkes niederkartätschten. Es waren deutsche Konzeme, die den Einmarsch der Faschisten in Spanien steuerten.

Heute nimmt wieder westdeutsches Kapital hinter dem amerikanischen die zweite Stelle ein. Ferienkonzerne wie Neckermann beherrschen die spanischen Strände, dem Meinungsmacher Springer gehört halb Mallorca..

Der Touristenstrom treibt die Preise. Der DM-Tourist kann für sein Geld ein mehrfaches dessen kaufen, was er zuhause erhält. Der spanische Kapitalist richtet sich danach und treibt die Preise in die Höhe. Die spanischen Werktätigen aber erhalten den alten Hungerlohn, müssen die neuen Preise aber bezahlen: sie treffen die Profite, die aus dem Tourismus gezogen werden.

Gegen Preissteigerungen und Inflation erheben sich überall die spanischen Arbeiter und Hausfrauen. Allein Anfang Juni streikten z.B. 3000 Arbeiter in Vigo, 1000 Arbeiter in Bilbao, 220 Arbeiter in Gava, 250 Arbeiterinnen in Dos Hermanas (Sevilla), in Aranjuez, in Ibelsa fanden weitere Streiks statt. Die Müllarbeiter streikten in Zaraoza, die Grubenarbeiter in Oviedo.

Diese spontanen Kämpfe werden mit brutaler Härte durch die Franco-Faschisten verfolgt. Daher verbinden sich wirtschaftliche Kämpfe sehr schnell mit dem politischen Kampf gegen die Yankee-Franco-Herrschaft. So fanden z.B. während der Streiks auch Demonstrationen in Aranjuez gegen den Hanswurst Juan Carlos von Bourbon statt.

Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die FRAP (Volksfront-Organisation) rufen daher mit Kampagnen in der BRD, Frankreich, Schweiz usw. zum Boykott des spanischen Tourismus auf, z.B. mit folgender Broschüre.

Du willst in deinen Ferien nach Spanien ...



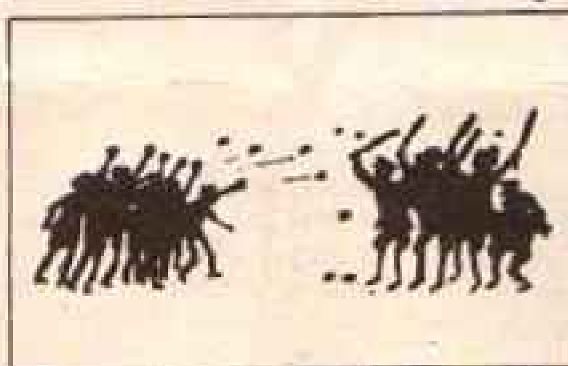
...Hast du schon mal daran gedacht, was das heisst?

Du hast Spanien ausgewählt, weil du meinst, dass es ein schönes Land ist mit viel Sonne, ungeheuren Kunstschätzen, Folklore und vor allem, weil es sehr billig ist.

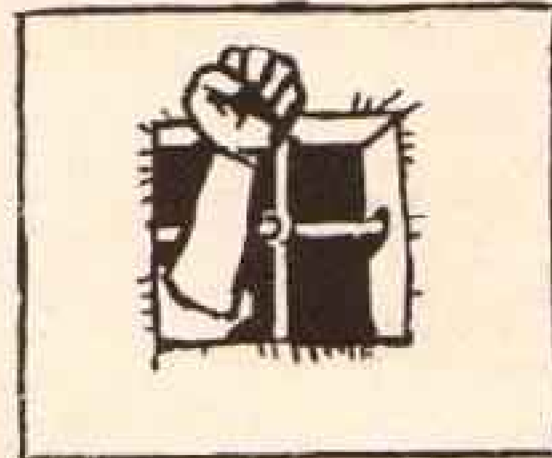
Du hast Recht, Spanien ist sehr reizvoll, aber...
Hast du daran gedacht, was der Tourismus für das spanische Volk bedeutet, das seit mehr als 30 Jahren gegen den Faschismus kämpft?



Denn in Spanien herrscht kein Frieden, noch kann es Frieden geben unter dem Faschismus, wenn auch die Reklame der Touristikuntemehmen und die Propaganda des Regimes das Gegenteil behaupten.



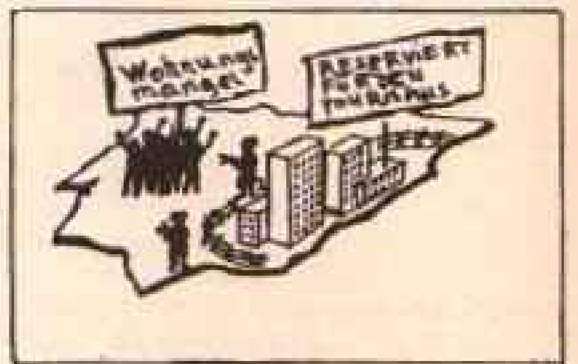
Die Schlacht, die das spanische Volk 1939 verloren hat, war nichts als eine Episode in dem langen Befreiungskrieg, den das spanische Volk seit 1931 unaufhörlich kämpft.
Seit 1960 mussten 20 000 Spanier vor den faschistischen Gerichten erscheinen.



...das heisst, alle vier Stunden einer!!
Als du dich entschieden hast, nach Spanien zu fahren, hast du nicht an all das gedacht. Vielleicht hast du dir sogar gesagt, dass deine Devisen dem spanischen Volk helfen würden...



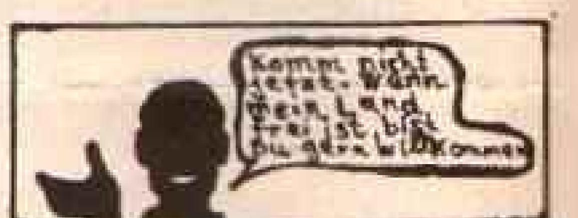
Aber du vergisst, dass der Tourismus eine Industrie ist, wie jede andere, und wie jede Industrie in einem kapitalistischen System ist sie in der Hand einer kleinen Zahl von Reaktionären - der Finanzoligarchie und der Grossgrundbesitzer, eben die, die den Faschismus in Spanien errichtet haben und die sich nur durch Terror und Repressionen an der Macht halten.



Diese Oligarchie, gegen die das Volk unnachgiebig kämpft, mit Streiks etc. erhält eine grosse Unterstützung gerade durch den Tourismus.



Weisst du, dass allein im Jahr 1969 der Tourismus dem Regime 1 288,50 Mio Dollar eingebracht hat?
Wenn du deine Ferien in Spanien verbringen willst, sabotierst du den gerechten Kampf des spanischen Volkes.
Du weisst sicher, dass das spanische Volk gastfreundlich ist, dass es geme Fremde aufnimmt...



werde nicht zu einem Feind unseres Volkes, indem du unseren Unterdrückem hilfst.

Es gibt keinen friedlichen Weg zum Sozialismus

Der 'Friedliche Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus' ist eine Falle der Bourgeoisie, ein Märchen, das besonders die Chruschtschow-Revisionisten überall verbreiten, um die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Die Revisionisten weisen besonders auf Chile hin. In Wahrheit nutzt hier die nationale Bourgeoisie die breiten revolutionären Volksbewegungen gegen den Imperialismus aus, um selbst an die Macht zu gelangen. Gleichzeitig verbreiten die neuen Ausbeuter, sie verfolgten das Ziel des Sozialismus: so hoffen sie die Volksbewegung zu zügeln.

Beispiel Chile

Aber mit ihrer Illusionmacherei über den angeblich bald erreichten Sozialismus tritt der Widerspruch zur weiteren Ausbeutung der Werktätigen nur deutlicher zutage und das Volk stürmt vorwärts im Kampf für den wirklichen Sozialismus.

Seit zwei Monaten streiken die meisten der 12 000 Arbeiter der staatlichen Kupfermine 'El Taniente'. Andere Gruben solidarisierten sich. Als die Arbeiter zu 'ihrer' Regierung marschieren wollten, wurden sie von der Regierungspolizei 60 Km vor Santiago zusammengeschlagen.

Tausende von Ärzten, Lehrern und Studenten solidarisierten sich in Aktionen mit den Bergarbeitem. Um dem Protest gegen die anhaltende Inflation und Versorgungsknappheit im Lande 'in Bahnen' zu halten, rief die Regierung und die Gewerkschaft, die von den ebenfalls mitregierenden Revisionisten geführt wird, zum Generalstreik am 21.6. auf.

Dabei kam es zu schweren Strassenkämpfen in Valvida, Valpariso, Arica und Curico, bei denen mindestens zwei Menschen getötet und hunderte verletzt wurden. Während der 'Sozialist' Allende nach aussen behauptet, mit dem Generalstreik würde das Volk die Unterstützung der 'Volksfront'-Regierung bezeugen, holt sich die Regierung ganz andere Unterstützung. Die Süddeutsche Zeitung vom 22.6. berichtet:

"Präsident Allende umwirbt wieder die Streitkräfte (die von Ultrareaktionären und Agenten des Imperialismus geführt werden – RM). In Gespächen versucht er weitere Militärs für den Eintritt in seine Regierung zu gewinnen. Er bedarf zur Beilegung der immer ernster werdenden Versorgungs- und Streikprobleme ihrer Hilfe..."

Beispiel Argentinien

"Wir sind dabei eine Revolution zu machen, aber um sie gut zu machen, muss sie friedlich verlaufen", das erklärte Peron nach seiner Rückkehr. Das Land ist mit drei Milliarden Pesos verschuldet, hat eine Lebensmittelpreissteigerungsrate von 80%, eine Arbeitslosigkeit von über 1 Million. Die Massenkämpfe der Arbeiter und des Volkes haben die vorherige Lanusse-Militär-Diktatur erschüttert. Ganz 'demokratisch' riefen die Militärdiktatoren zur Wahl auf, um mithilfe des Demagogen Peron die revolutionäre Entwicklung im Griff zu halten.

Die Massen nahmen den 'Revolutionär' Peron beim Wort und besetzten die staatliche Verwaltung, Gefängnisse, Krankenhäuser und auch Betriebe. Die Belegschaften setzten korrupte Leiter und Leutschinder aus der Führung ab.

Medina, Generalsekretär der peronistischen Bewegung rief auf Geheiss von Peron selbst dazu auf, mit den Besetzungen aufzuhören. Während das Volk die Bestrafung der schlimmsten Volksfeinde forderte, erklärte Peron als erstes, 'kein Argentinier' dürfe sein Leben verlieren. Allerdings verlieren bei dieser 'friedlichen nationalsozialistischen Revolution' bereits Argentinier ihr Leben. 20 Menschen starben und 400 Menschen wurden verletzt, als die rechtsradikale sogenannte ' Gewerkschaftsjugend' das Feuer auf eine Massendemonstration eröffnete. Diese Massendemonstration von 4 Millionen Argentinier fand zur Begrüssung Perons statt, auf den viele noch ihre Hoffnung setzen. Nach dem Massaker hielt Peron eine Femsehrede, in der er kein Wort gegen den faschistischen Überfall, aber viele Worte gegen die 'Linksradikalen' fand: "Wir müssen diejenigen gnadenlos bekämpfen, die die Prinzipien der Koexistenz stören", der Koexistenz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten in einem 'nationalsozialistischen' Argentinien, einem Argentinien der 'Volksgemeinschaft'. Mit wessen Hilfe er gnadenlos die revolutionäre Volksbewegung bekämpfen will, zeigte Peron bereits. Während 4 Millionen Menschen voll revolutionärer Hoffnung auf ihn warteten, landete Peron auf dem sicheren Flughafen des ihm ach-so-feindlichen Militärs.

Chile und Argentinien zeigen, dass vor dem Ansturm der revolutionären Bewegung die Bourgeoisie ihr Mäntelchen des 'friedlichen Weges zum Sozialismus' fallen lässt, und ihr letztes Herrschaftsmittel das Militär in Bwegung setzt.

"Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", diese Feststellung Mao Tsetungs wird auch für die Völker Chiles und Argentiniens zur konkreten Erfahrung. Niederschlagung der Konterrevolution tritt auf die Tagesordnung.



Straßenkämpfe in Marseille und Paris

Am 21.Juni traten rund 15 000 Bauarbeiter auf dem grössten Baugelände Frankreichs in Fos bei Marseille in Streik. Sie waren aus ganz Frankreich hergeholt worden, um das grösste Stahlwerk Frankreichs zu bauen. 10 Jahre Arbeit war ihnen versprochen worden. Jetzt sollen die meisten zum Jahresende arbeitslos werden.

Aus Protest gegen diese Betrugspolitik der Regierung bauten die Arbeiter auf mehreren Strassen Barrikaden und setzten sich heftig gegen die Polizei zur Wehr, die mit Tränengas gegen die Arbeiter vorging. Mindestens vier Arbeiter wurden verletzt, mehrere verhaftet.

Mit brutaler Gewalt ging die Polizei auch gegen die Arbeiter des Werkes Lip in Boissant vor, die gegen die angekündigte Stillegung des Betriebs protestierten.

Am Abend des 21. Juni kam es zu heftigen Strassenkämpfen in Paris. Die faschistische Organisation "Neue Ordnung" wollte sich versammeln, um gegen die hunderttausende von Nordafrikanern und Schwarzen in Frankreich zu hetzen. Neun revolutionäre Organisationen riefen dagegen zum Protest auf. Daraufhin machte die Bourgeoisie das Pariser Quartier Latin zu einem Heerlager, Polizei, Sonderpolizei und Militär patrouillierten durch die Strassen. In der Nähe des Versammlungsortes der Faschisten zusammne mit bewaffneten Braunhemden.

Doch die Demonstranten wichen nicht zurück. Einen ersten Angriff der Polizei konnte vollständig zurückgeschlagen werden: Die Demonstranten wehrten sich auf der Strasse, bauten Barrikaden, warfen von den Dächern der umliegenden Häuser mit Molotowcocktails.

Im weiteren Verlauf des Kampfes konnte neben anderen Polizeiautos auch ein Barrikadenräumer in Brand gesetzt werden.

7. Frauenkongress in Albanien



Als eingeladene Delegierte der KPD/ML nahm ich am diesjährigen 7.Frauenkongress des Frauenverbandes der Frauen Albaniens (FVA) teil. Voran ging eine 14-tägige Reise mit den eingeladenen Delegierten aus den Ländern, die im Befreiungskampf vom imperialistischen Joch stehen, den Genossinnen der marxistisch-leninistischen Parteien aus aller Welt und Staatsdelegierten aus fortschrittlichen Ländern.

Diese Reise führte uns durch zahlreiche Städte und ländliche Gebiete des sozialistischen Albaniens. Überall wurden wir herzlich und stürmisch von der Bevölkerung empfangen. An Ort und Stelle überzeugten wir uns von den Fortschritten, die das albanische Volk seit seiner Befreiung vor 30 Jahren erzielt hat.

In begeisterter Aufbauarbeit wurde Albanien vom reinen Agrarland zum Agrarindustrieland entwickelt und steht heute an der Schwelle zum Industrie-Agrarland.

An Mut hat es den Albanern nie gefehlt. Sie waren tapfer, weil sie wussten, dass sie für die Befreiung ihres Landes kämpfen. **Diese Tapferkeit und den Mut besitzen auch die Frauen Albaniens. Sie haben Seite an Seite mit den Männern mit der Waffe in der Hand gegen die Okkupanten und Faschisten gekämpft und haben so den ersten Schritt zur Befreiung getan**

1943 stellte die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze fest, dass die Frauenfrage eine erstrangige Frage darstellt. Unter der Führung der PdAA wurdedie damalige Organisation des Verbandes albanischer Antifaschisten Frauen (VAAF), der heutige FVA, gegründet.

Durch die konsequente Arbeit des Frauenverbandes unter Anleitung der Partei sind die heutigen Erfolge für die Befreiung der Frau erreicht worden.

Wir, die wir die Lage der Frauen in den kapitalistischen Ländern – unsere eigene Lage – kennen und wissen, dass bei uns das Wort Gleichberechtigung nur eine hohle Phrase ist, sind erstaunt über die in Albanien in so kurzer Zeit erreichten Erfolge für die Befreiung der Frau.

Auf unserer Reise konnten wir uns in Fabriken, Kooperativen, in sozialen und kulturellen Einrichtungen, in den Familien davon überzeugen, dass die Frau dem Mann wirklich gleichgestellt ist:
Die werktätigen Frauen erhalten für die gleiche Arbeit gleichen Lohn. In vielen Fabriken sind die Direktoren und leitenden Ingeniaure. Frauen.Die Frauen arbeiten als Lastwagenfahrer, als Maurer und in vielen Sparten, die hier den Männern vorbehalten bleiben. Die Frauen haben leitende Stellungen, in sozialen und kulturellen Einrichtungen inne, sie leiten Bibliotheken und nehmen wichtige Stellungen bei Funk und Fernsehen ein.

In politischen Gremien sind Frauen vertreten und ihre Zahl steigt immer mehr. Zur Zeit des 5.Parteikongresses waren nur 12% aller Parteimitglieder Frauen, jetzt sind es bereits 24%. In den regionalen und örtlichen Behörden stieg der Prozentsatz der Frauen von 36,1% auf 45,8%. Vito Kapo drückt die steigende Tendenz der Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben folgendermassen aus:

Die Frauen des sozialistischen Albaniens erkennen immer besser, dass ihre vollständige Emanzipation nur durch die allseitige ökonomische und soziale Entwwicklung des Landes im Rahmen des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und durch ihre breite und aktive Teilnahme an diesem Aufbau ,für den alle ihre geistige, körperliche und seelische Kraft einsetzen, erreicht werden kann.

Die Frauen machen 46% aller Werktätigen aus. Sie sind stolz auf die Erfolge, die ihr[Land durch ihre Arbeit erringt. Vito Kapo stellte im Rechenschaftsbericht des Frauenverbandes fest, dass seit fünf Jahren an der Spitze des sozialistischen Wetrbewerbs Betriebe stehen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten.

Die Frauen in Albanien, die an vorderster Front im Produktionskampf stehen, können das unbelastet von familiären Probleme. Sie wissen, ihre Kinder in den überaus zahlreichen Kinderkrippen und Kindergärten in Stadt und Land gut aufgehoben. Sie wissen. dass ihre Kinder dort in der Gemeinschaft im Sinne des Sozialismus erzogen werden. Die häuslichen Arbeiten werden unter den Familienmitgliedern geteilt, der Mann muss daran ebenso teilhaben, wie die Frau. Die technischen Erleichterungen, die es in der Stadt schon überall gibt, werden auch den Dorfbewohnern immer mehr zugänglich gemacht. Denn es ist das Ziel der FVA, dass auch die Frauen, die sich jetzt noch ganz mit dem Haushalt befassen müssen, in den Produktionspozess eingegliedert werden.. In Albanien gibt es die kostenlose Krankenversorgung, 3-monatige bezahlte Mutterschutzfrist, es gibt zahlreiche Erholungsheime für Werktätige und für Kinder.

Eine besondere Rolle nimmt im sozialistischen Albanien die Familie ein. **Die Familie wird als kleine Zelle des grossen Kollektivs der albanischen Gesellschaft betrachtet.** DieFamilie bringt die jungen Kommunisten hervor, die das Erbe weiterführen müssen. Sie werden im Bewusstsein erzogen, dass die Volksrepublik Albanien ein kleines Land ist, dass unter den Bedingungen der imperialistischen und revisionistischen Einkreisung lebt und arbeitet. Darauf ist die Erziehung in Elternhaus und Schule ausgerichtet.

Wie sehr die Frauen mit der Partei und ihrem Führer Enver Hoxha verbunden sind, kam in zahlreichen Beiträgen der Delegierten aus Stadt und Land auf dem Kongress zum Ausdruck. Wie stolz sie auf ihre erworbenen Errungenschaften sind, und dass sie sich von niemand fortnehmen lassen und sie notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen wollen, ebenso.

Die Frauen Albaniens sehen ganz klar, dass der Feind, der Imperialismus ebenso wie der Revisionimus ,versucht, den Sozialismus in ihrem Land von innen her zu zerstören.

Darum wird mit Überzeugung und revolutionärem Schwung und proletarischer. Disziplin die von der PdAA unter Vorsitz des Genossen Enver Hoxha eingeleitete Bewegung gegen 'Liberalismus, Burokratismus und Konservativismus von allen Werktätigen,

den Frauen wie den Männern, aufgegriffen und geführt. Der Genosse des ZK der PdAA Mehmet Shezu führte dazu auf dem Frauenkongress aus: "Wir dürfen uns von den raffinierten Methoden des Feindes nicht beschwindeln lassen, denn Imperialisten und Revisionisten sind wie der Wolf, der seine Haare verliert, das Laster aber nicht. Unter den Bedingungen unseres Landes, muss der Klassenkampf stets ununterbrochen lodern – gegen jede Erscheinungsfom der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie. Wir dürfen nicht vergessen, dass unter den gegenwärtigen Umständen eine der Hauptmethoden, deren sich der Feind gegen uns bedient, die ideologische Verwirrung in tausendfachen Formen und Weisen ist, um in unsere Reihen einzudringen, um unsere gesunde Atmospäre zu verpesten, den Liberalismus intensiv zu züchten und den Konservativismus zu ermuntern.

Dass überall dieser Kampf geführt wird, konnten wir an den zahlreichen Wandzeitungen sehen, welche vom Volk in den Strassen angebracht werden und sich mit diesem Kampf beschäftigen. Diese Wandzeitungen sind eine Form der schriftlichen Kritik und Selbstkritik. Der Angesprochene muss auf jeden Fall dazu Stellung nehmen und wird auch zur Rechenschaft gezogen. Die hervorragende Bedeutung der Frauen für den Aufbau des Sozialismus zeigt sich in der Parole unter der der disjährige 7.Frauenkongress stand: **"Wenn die Frau zurückbleibt, so bleibt die Revolution stecken."**

Die Frauen geben sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, sondern sie haben sich ganz konkrete Aufgaben gestellt:

46% aller Frauen sind bereits werktätig, aber es müssen noch mehr Frauen werktätig werden.

Die Frauen müssen mehr als bisher am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Die Frauen dürfen nicht zurückbleiben, sondern sie müssen alle Kraft darauf verwenden, auch politisch und ideologisch stärker zu werden, denn sie können dabei das Niveau der Männer erreichen.

Auch können die Frauen die selben qualitativen Berufe ausüben wie die Männer.

Die Frauen haben in ihrem kämpferischen Frauenverband unter Führung der PdAA mit Genossen Enver an der Spitze ein ausgezeichnetes Kampfmittel zu ihrer völligen Emanzipation.

Gen. Enver Hoxha sagte am Vorabend des Kongresses zum ganzen Volk: "Die Frauen müssen sprechen, ihre Worte muss man anhören, sie müssen geeignete Posten auf Grund ihrer Kapazität und Fähigkeit einnehmen. Das ist nicht nur die Aufgabe des Frauenverbandes, sondern das Gesetz der Partei und dafür arbeitet die Partei und muss es weiterhin tun."

Genossin der Partei grüßt albanische Frauen

Im Namen unserer Partei begrüsste eine Genossin die Delegierten des Frauenkongresses. Sie sprach von der Hochachtung, mit der wir auf das sozialistische Albanien, sein Volk und seine ruhmreiche Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze blicken. Insbesondere ging sie auf die Bedeutung der Frauen in der siegreichen Geschichte des albanischen Volkes ein. Sie verurteilte die Verbrechen an den Errungenschaften der Völker in den ehemals sozialistischen Ländern, so dass die Lage der Frauen dort immer mehr der Unterdrückung in den kapitalistischen Ländern gleicht. Doch die Frauen hier wie dort haben den Kampf aufgenommen, wie die gesamte Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten. Sie erkennen auch zunehmend, dass die Kommunisten, unsere Partei, ihre Freunde und Führer sind. Die Genossin schloss:

"Wir werden weiterkämpfen bis zum Sieg!
Hoch die Partei der Arbeit Albaniens mit dem Gen. Enver Hoxha an der Spitze!
Hoch der albanische Frauenverband!
Es lebe der Befreiungskampf der Völker!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Nexhmie Hoxha:
DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IST UNAUSLÖSCHBAR MIT DER BEFREIUNG DER FRAU VERBUNDEN!

In ihrer Rede auf dem 7.Kongress der Frauen Albaniens sagte die Genossin Nexhmie Hoxha unter anderem:

"Unsere Herzen sind voll Hoffnung und Zuversicht auf die Zukunft unserer Genossinnen und Freundinnen in vielen Ländern der Welt, die noch immer leiden, die aber heroisch kämpfen für die Freiheit ihres Volkes und die Unabhängigkeit ihres Landes von den reaktionären und imperialistischen Kräften, oder sich für die Menschenrechte einsetzen, die die Kapitalisten und die reaktionären Regimes in ihren Ländern verweigern und mit Füssen treten und somit Elend, Arbeitslosigkeit, Hunger, Entartung schaffen, worunter am meisten die Frauen und Mütter zu leiden haben...

Heute, nach fast 30 Jahren freien und glücklichen Lebens im sozialistischen Albanien können wir noch deutlicher die Grösse und die Kraft des wichtigen marxistisch-leninistischen Prinzips verstehen, dass die sozialistische Revolution mit der Befreiung der Frauen unlösbar verbunden ist...

Im Sozialismus kann man sich die Befreiung der Frau nicht vorstellen, ohne sie aus der Enge der Hausarbeiten herauszuholen, ohne sie auf dem weiten Feld der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Tätigkeit des ganzen Lebens des Landes einzusetzen...

Unsere Erfahrungen zeigen nunmehr genau, dass eben weil die Frau mit den erleichternden Bedingungen, die die sozialistische Gesellschaft für die Frauen und Mütter schuf, im Betrieb arbeitet und am politischen und gesellschaftlichen Leben des Landes aktiv mitwirkt, auch unsere Familie eine festere Grundlage bekam... **Wir betrachten die Familie als eine Zelle der Gesellschaft, als einen kleinen Bestandteil des grossen Kollektivs, der eben die Gesellschaft bildet...**

Die Teilnahme der Frauen an der Produktion und an der gesellschaftlichen Arbeit hindert sie keineswegs, ihre soziale Pflicht als Mütter zu erfüllen. Die sozialistische Gesellschaft bringt grosse Sorge und Respekt für die Mütter auf. Indem die Frau Kinder zur Welt bringt, erhält sie das Leben. "Das – sagte Enver Hoxha – ist die grösste Mission, die es auf der Welt geben kann.'" ...

Im Gegensatz zur revolutionären Linie hinsichtlich der Teilnahme der Frauen am gesellschaftlich-politischen Leben des Landes, propagieren die bürgerlichen und revisionistischen Ideologen, besonders in den letzten Jahren, mit Nachdruck eine Abwanderung der Frauen von der produktiven Arbeit, angeblich wegen 'der schwachen Natur' der Frauen, ihrer 'Lebens-Interessen' zuliebe. Aber hinter diesem 'Bedauern' voller 'Einsicht' von Seiten der Bourgeoisie und des Revisionismus kann man unverkennbar ihr wirkliches Ziel sehen, um nämlich das sogenannte 'schwache Geschlecht' immer in diesem 'Zustand der Schwäche' zu halten, wodurch aber die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte von der Kraft der grossen und lebhaften Masse der Frauen beraubt wird, indem man ihr Klassenbewusstsein betäubt, ihren revolutionären Geist im Kampf gegen die kapitalistische oder revisionistische Unterdrückung und Ausbeutung schwächt und erdrosselt.

Trotzdem können die Bourgeoisie und die modernen Revisionisten die Notwendigkeit der Rolle und der Teilnahme der Frauen an der Produktion und am gesellschaftlichen Leben nicht vollständig leugnen.
Millionen Frauen arbeiten auch in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Man behält sie in der Arbeit, solange man sie braucht und unter für die Bourgeoisie günstigen Bedingungen (mit einem niedrigeren Lohn, solange sie jung und gesund sind, verheiratete Frauen werden in einigen Ländern überhaupt nicht zur Arbeit aufgenommen usw.).
Wenn aber das Kapital in Krise ist, wenn sie keine Arbeitskräfte mehr brauchen, so werden die Frauen als erste auf die Strasse geworfen.
Darum propagieren die Bourgeoisie und ihre Presse immer wieder die Theorie von der 'besonderen und naturgemässen Rolle der Frau im Haus', als 'ideale Lebensgefährtin und Mutter', als gute Hausfrau und Köchin, die dem Mann dient, wenn er müde von der Arbeit nach Hause kommt, die sich wie es sich gehört mit der Erziehung der Kinder befasst usw.

...Es ist wirklich bedauerlich und eine Schande für die einstigen sozialistischen Lander, wo die modernen Revisionisten ans Ruder kamen, wie in der Sowjetunion usw., und wo die Frauen auf dem von Marx, Engels, Lenin und Stalin gewiesenen Weg viele Rechte errungen hatten, dass dort in ihrer Presse Diskussionen geführt werden, wieso es denn möglich sei, dass bei der Erhöhung der Wirtschaftskraft und der Arbeitsrentabilität im Lande, ein Teil der Frauen sich immer mehr dem Familienleben und den Kindern widmet!
Dies bedeutet eine Rückentwicklung, einen Rückfall in die Stellungen der bürgerlichen Gesellschaft, wie die modernen Revisionisten überhaupt auf allen Gebieten, in Ideologie, Politik und Wirtschaft in diese Stellungen zurückfallen."

Am Schluss ihrer Rede betonte die Genossin:
"Für alles das, was wir Frauen, was unser Volk und unsere Kinder heute geniessen, geht unser unendlicher Dank an unsere Partei der Arbeit, an ihr Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze.
Ich schliesse mich an die Verpflichtung, die Entschlossenheit an, die alle Genossinnen bekundeten, um bis zuletzt dem Sieg des Sozialismus, des Marxismus-Leninismus zu dienen."

Antikriegstagsprozeß

MUTIGER KAMPF des Genossen Schmidt

Nach 6 Verhandlungstagen wurde am 20.6.73 vor der grossen Strafkammer des Landgerichts I in München der Prozess gegen den Genossen Schmidt beendet. Wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag wurde der Genosse zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt. 6 Tage glich der Münchner Justizpalast einer Polizeikaseme: Hinter dem Gebäude standen mindestens 3 Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei – in allen Gängen bewaffnete Polizisten mit Walkie-Talkies – jeder Besucher wurde im Einzelgeleit zur körperlichen Durchsuchung geführt – Besucher mit Aktentaschen, Hand- oder Einkauftaschen wurden wieder nach Hause geschickt – Gegenstände des täglichen Gebrauchs, wie Nagelscheren, Taschenmesser usw. wurden eingesammelt.

Die Staatsanwaltschaft hatte zur grossen Strafkammer angeklagt, 'weil eine Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren zu erwarten ist' 'laut Anklageschrift). Dem Genossen wurde vorgeworfen, bei der Demonstration am 2.9.72 in der ersten Reihe marschiert zu sein und sich gegen Übergriffe der Polizei gerüstet zu haben. Ausserdem sollte er am gleichen Tag 2 Polizisten an einer Strassenbahnhaltestelle, die sie gerade räumen wollten, mit einem Schlagwerkzeug angegriffen haben und geschlagen haben.

Gleich zu Beginn verwahrte sich der Genosse entschieden gegen den ihm aufgezwungenen Pflichtverteidiger, der offensichtlich helfen sollte, ihn weichzumachen.

Statt einer Einlassung zur Sache bekamen die Richter eine Anklage gegen die herrschende Klasse zu hören, die ihre Kriegs- und Notstandsvorbereitungen unter dem olympischen Mäntelchen verbergen wollte. Über eine Stunde lang zog Genosse Schmidt die Parallele von 1936 zu 1972, schilderte er die erstarkende antimilitaristische Bewegung, deckte er die Pläne der Bourgeoisie gegen sie auf und zeigte auf, wie allein unser Kampf gegen einen neuen imperialistischen Krieg erfolgreich sein kann: Nur unter den Losungen: **'Krieg dem imperialistischen Kreig'** und **'Im Ernstfall dreht die Gewehre um!''**

Auf die Belehrung, er müsse dem Gericht zugewandt sprechen, entgegnete Genosse Schmidt: "Als angeklagter Kommunist fühle ich mich dem Volk gegenüber verantwortlich. Und das wird hier im Saal nun einmal nicht durch das Gericht, sondern durch die Offentlichkeit vertreten, durch die Öffentlichkeit, abzüglich den anwesenden Polizeispitzel, durch die Öffentlichkeit, die alles, was sich hier abspielt, an die Arbeiterklasse weitertragen wird, die zur Zeit in den Fabriken schuftet, damit Sie hier im Namen des Volkes Ihr eigenes Recht sprechen können. Ich werde weiterhin so reden, dass mich die Öffentlichkeit versteht!"

Als der Genosse als Parallele zu den Nazi-KZs die in den westdeutschen Gefängnissen ausgeübte Folter durch Isolationshaft nannte und auf den seit Wochen durchgeführten Hungerstreik der betroffenen Häftlinge hinwies, wurde er vom Vorsitzenden aufgeregt zum Schweigen aufgefordert. Genosse Schmidt quittierte diese Unterbrechung dadurch, dass er die Unmenschlichkeit der Isolationsfolter nochmals bekräftigte.

Die ganze Verlogenheit der Anklage zeigte sich schon an dem Aufgebot an sogenannten Tatzeugen. Keiner von den angeblich 58 schwerverletzten Polizisten hatte ermittelt werden können! Statt dieser traten zivile Kripobeamte auf, die in der 3. Reihe unter den Zuschauern gestanden haben wollen. Den Angeklagten hatte allerdings keiner gesehen! Er wurde auf Grund von Fotografien verurteilt, auf denen die Staatsanwaltschaft sich einen herausgesucht hatte, den sie als Schmidt ausgab. Damit das Gericht nicht auf andere Gedanken komme, hatte sie die betreffende Person schon durch Pfeile gekennzeichnet.

Zu Komplex 2 der Anklage mussten die belastenden Polizeibeamten zugeben, dass der "Täter" vom 2.9. einen Oberlippenbart trug. Die Bestürzung des Gerichts war gross. Das ED-Photo, am selben Tag aufgenommen, zeigte nämlich einen Schmidt ohne jeden Bart. Nun ging die Rasiererei los: "War es denn ein richtiger Bart?", "Sah es vielleicht nur so aus, als wolle er sich einen Bart stehen lassen?", "Vielleicht halten Sie die mangelnde Rasur für einen Bart?", so wurde der Polizeizeuge vor Gericht bedrängt. Nach und nach machte er den Bart zwar kleiner, aber beide Polizisten blieben in Übereinstimmung dabei: Es war ein richtiger Oberlippenbart!

Hatte vor Wochen die Presse diesen Prozess noch als Hauptstück der Antikriegstagsprozesse angekündigt, jetzt schwieg sie peinlich berührt - dies war eine Propagandaveranstaltung der KPD/ML geworden. Während der Prozesstage konnte die Partei eine ganze Reihe neuer Sympathisanten und Interessenten gewinnen.

Das mutige und entschlossene Auftreten des Genossen Schmidt hatte der Bourgeoisie die Schau genommen. Die Anwälte B. und C. hatten die wacklige Anklage juristisch völlig demoliert.

In seinem Plädoyer versuchte der Staatsanwalt diese Entwicklung zu ignorieren. Er forderte 3 Jahre und 6 Monate Gefängnis mit der Begründung: "Die verlogene und verbrecherische Ideologie der KPD/ML, die auch die Ideologie des Angeklagten ist, ist verantwortlich für eine Eskalation der Gewalt, will uns ins völlige Chaos stürzen."

In seinem Schlusswort gab Genosse Schmidt die richtige Antwort auf diese Unverschämtheiten: Er zeigte auf, dass Kapitalismus Chaos ist, wie die herrschende Klasse mit massiver konterrevolutionärer Gewalt die Erhaltung dieses Chaos verteidigt. Er sagte: "Wir Kommunisten, die KPD/ML ist angetreten, um die Volksmassen aus ihren täglichen Kämpfen gegen dieses kapitalistische Chaos heraus zur endgültigen Abschaffung dieses Chaos zu führen.

Er berichtete an Beispielen, wie das Leben der Werktätigen in den sozialistischen Staaten aussieht - das genaue Gegenteil von Chaos. Unter dem Beifall der Öffentlichkeit führte er aus: "Sogar die alten Volksfeinde, Ausbeuter und Bonzen, Polizeispitzel und Klassenrichter werden im Sozialismus kein Chaos, sondern äusserst geordnete Verhältnisse vorfinden, Verhältnisse, in denen sie unter körperlicher Arbeit ihre Bereitschaft, dem Volke zu dienen, unter Beweis stellen können, Verhältnisse, in denen sie unter Aufsicht umerzogen werden!"

Anschliessend verteidigte der Genosse nochmals die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt, eine Notwendigkeit, die die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner in ihren Kämpfen immer klarer erkennen.

"Mit ihren Urteilen können sie vielleicht 100 oder 1 000 Genossen für eine Zeit vom Klassenkampf fernhalten. Aber für jeden Genossen im Knast werden, das hat die Mobilisierung in diesem Prozess gezeigt, 10 neue Kämpfer aufstehen. Die KPD/ML wird nicht davon abzuhalten sein, für den Sozialismus zu kämpfen bis zum Sieg, für Verhältnisse, wo das Volk die Macht hat, das sich eigene Gerichte schafft, vor denen dann die wahren Verbrecher von heute sich verantworten müssen!"

Gemessen an den Plänen der Klassenjustiz ist das Urteil von 18 Monaten ein Erfolg unserer richtigen Prozessführung: Einerseits die konsequente juristische Entlarvung der Anklage, wie sie die Rechtsanwälte Becker und Croissant auf der Grundlage ihrer politischen Praxis durchführen konnten. Andererseits die politische Offensive in und ausserhalb des Gerichtssaals.



RM-REDAKTION: G. Schubert 43 Essen 14 Postfach 36 07

Rote Kindergärten?

Anlässlich der Spendensammlung unserer Partei für einen Kindergarten in der DRV schreibt uns ein Mannheimer Genosse:

"Viele Leute haben darauf hingewiesen, dass wir im eigenen Land zu wenig Kindergärten haben. Dies ist eine Bitte der Massen an die Partei und die Partei sollte sich auf diesem Gebiet stark machen. (Dem Volke dienen)".

Er schlägt vor: Nach der Sammlung für den Kindergarten in der DRV "sollten die Sammlungen weitergehen für den Aufbau Roter Kindergärten im eigenen Land."

RM-Redaktion:

Nicht nur, dass es zu wenig Kindergärten gibt: Die Plätze dort sind so unverschämt teuer, dass eine Mutter von mehreren Kindern fast ebenso gut zu arbeiten aufhören und auf ihre Kinder selber aufpassen kann.

Es ist die Aufgabe unserer Partei, die Forderungen der Massen an den Staat, genügend Kindergärten, Jugendzentren usw. zu bauen, aufzugreifen und ihren Kampf zu unterstützen: Denn die arbeitende Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass ihre Kinder während der Arbeit gut untergebracht sind.

Doch kann das nicht für uns heissen: Rote Kindergärten aufzubauen.

Das Konzept der selbstverwalteten Kindergärten haben schon vor Jahren Kleinbürger auf den Tisch gelegt, die genügend Zeit hatten, um die Kindergärten selbst zu verwalten. Aber darum geht es doch gerade: Die Arbeiterklasse verlangt Kindergärten, da sie sich tagsüber nicht um ihre Kinder kümmern kann.

Zum anderen stärkt die Forderung nach Roten Kindergärten die Illusionen, die Bourgeoisie würde zulassen, dass wir im Kapitalismus uns "freie Inseln" schaffen. Diese Illusionen fördern gerade die Revisionisten: Es geht auch ohne Revolution.

Dass dies eine Lüge ist, beweist die Bourgeoisie selbst immer wieder, wenn sie gewaltsam gegen Jugendzentren vorgeht, die Jugendliche sich selbst geschaffen haben.

Wenn wir in die Bewegung der Massen für Kindergärten, Jugendzentren usw. eingreifen, müssen wir im Verlauf des Kampfes die Illusionen über diesen Ausbeuterstaat zerstören und der Bewegung ein klares Ziel und den richtigen Weg weisen: Im Sozialismus, wo das Proletariat die Zügel in der Hand hält, wie in Albanien, gibt es für jedes Kind einen Kindergartenplatz, gibt es eine Fürsorge des Staates um die Jugend.

Solidarität

Freundschaftliche Kampfesgrüsse sendet dem Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, eine **Gruppe von Sympathisanten aus Illertissen-Vöhringen.** Die Genossen bitten gleichzeitig um Aufkleber zum Aust-Prozess.

Kampfesgrüsse kommen auch von der **Albanienveranstaltung der KPD/ML in Ulm.** Die Genossen betonen: "Die Klassenjustiz hat dich vor ihre Schranken geholt, stellvertretend für die Partei und die ganze Arbeiterklasse. Aber eben dadurch ist dein Kampf auch unser Kampf, auch der Kampf der ganzen Arbeiterklasse und der ganzen Partei!"

"Nieder mit dem Hamburger Terrorurteil! Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten!" heisst es in der Resolution der **Albanienveranstaltung der KPD/ML in Stuttgart.** Darin heisst es unter anderem: "Wie, die Teilnehmer der Albanienveranstaltung der KPD/ML am 6.6.73 in Stuttgart, haben mit grosser Begeisterung die Berichte und Beispiele des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik Albanien aufgenommen. Die Kommunisten unter uns haben ihre Überzeugung vertieft, dass sie im Kampf für ein leuchtendes Ziel, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus in Westdeutschland stehen, der sicher siegreich sein wird.

Eine weitere Anzahl fortschrittlicher und demokratischer Menschen hat heute viel neues über den Sozialismus und die Arbeit der KPD/ML erfahren..." Erneut ist klargeworden, "dass trotz aller Gesetze, die sich der Staat zur Unterdrückung schafft und anwendet, das Recht auf der Seite des Kommunismus und des Volkes steht... Wir protestieren entschieden gegen dieses Urteil (5000 DM Geldstrafe für den Genossen Aust) und drücken unsere Solidarität mit dem Genossen Ernst Aust und allen verfolgten Kommunisten aus."

Interview mit Genossen Schmidt

RM: Genosse Schmidt, der Staatsanwalt hatte gegen dich 3 1/2 Jahre Gefängnis ohne Bewährung beantragt. Du solltest hinter Schloss und Riegel, weil du als Kommunist gefährlich für die herrschende Klasse bist. Obwohl das von Anfang an klar war, hast du nicht versucht, an das "Verständnis" des Gerichtes zu appellieren, sondern hast es als deine Feinde offen bekämpft.

Genosse Schmidt: Man muss diese politischen Prozesse so sehen. Die Bourgeoisie bekommt von uns Schläge versetzt. Die Demonstration in München hat sie an ihrem Nerv getroffen. Darauf antwortet sie natürlich mit einem Gegenschlag. Sollen wir ihr jetzt eine Atempause gönnen, den Boden, den wir gewonnen haben, wieder preisgeben? Nein, der Schlag muss abgefangen, in einen Gegenschlag verwandelt werden. **Nicht weil ich mich "reuig" gezeigt habe, ist das Urteil niedriger ausgefallen, als erwartet, sondern weil ich, unterstützt durch meine Anwälte, die Klassenjustiz in die Enge gedrängt habe.**

RM: Das konnte auch jeder im Gerichtssal sehen. Der Prozess war am Ende eine Veranstaltung der Partei, zu der die Bourgeoisie die Räume und die Schurken zur Verfügung gestellt hat. Aber noch einmal zur Strafe. Die Bourgeoisie versucht die Genossen damit zur "Vernunft" zu rufen, dass sie doch aufhören sollen" leichtfertig die schönste Zeit ihres Lebens aufs Spiel zu setzen. Die Revisionisten erzählen, dass die Partei vor allem die Jugend ans Messer liefern würde, dass unsere Aktionen den Terror der Polizei und Justiz provozieren würden.

Schmidt: Sicher finde ich das nicht schön, im Knast zu sitzen. Aber habe ich denn wirklich die Wahl zwischen einem behüteten friedlichen Leben und einem ständig bedrohten? Nein. Nehmen wir den schlimmsten Fall, den Krieg. Soll ich warten, bis ich, bis meine Frau, meine Freunde dort abgeschlachtet werden? Wegen der Profit- und Machtinteressen von denen, die heute scheinheilig von meinem Recht auf Glück reden? Da ist es doch richtig, sein Leben bewusst einzusetzen, um dieses mörderische System zu zerschlagen.

RM: Genosse Schmidt, wie du hat die Mehrzahl der Demonstranten am 2.9. gedacht. Zwei von ihnen, Genosse Baron und Genosse Bayer haben das bereits wie du vor Gericht bewiesen. Aber es sollen noch mehr vor Gericht gezerrt werden.

Schmidt: Damals sind 11 Personen festgenommen worden. Nicht gegen alle läuft ein Verfahren. Einen Italiener zum Beispiel meint die Bourgeoisie auch mit ständigen Abschiebdrohungen unter Druck setzen zu können. Dafür sind andere auf Grund von Fotos angeklagt. Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft noch 17 Verfahren angekündigt. Am schwersten ist der Genosse Haschemi betroffen. Haschemi ist persischer Staatsbürger. Wohnt aber seit seiner Geburt in Westdeutschland, spricht auch kein Wort persisch. Er ist wegen Teilnahme an Demonstrationen bereits aus seiner Lehrstelle geflogen. Die Behörden haben jetzt sein laufendes Einbürgerungsverfahren gestoppt, um ihn bei einer Verurteilung gleich abschieben zu können. Seine Aufenthaltsgenehmigung ist abgelaufen. Er besitzt im Moment nur einen Fremdenpass für drei Monate, in dem ausdrücklich vermerkt ist, dass er damit keine Arbeit bekommen kann. **Was nun geplant wird, ist vorsätzlicher Mord. Denn was den Genossen in Persien erwartet, kann man sich ausrechnen. Die Partei, die Rote Hilfe, jeder muss dafür kämpfen, dass dieses Verbrechen verhindert wird.**

RM: Wie steht die Bevölkerung in München heute zur Olympiade? Wie sieht es mit der Solidarität für die angeklagten Demonstranten des 2.9. aus?

Schmidt: Die Wut der Münchner auf den Olympia-Rummel ist grösser als je zuvor. Was wurde ihnen damals nicht alles versprochen. Und heute? Das Millionenzeltdach zerfällt. Die Olympiahalle steht leer. Erst sollten es Sozialwohnungen werden. Jetzt sollen sie als Eigentumswohnungen verkauft werden, sind aber so teuer, dass sie keiner will. Diese Wohnungen stehen direkt gegenüber von grossen Fabriken. Die Arbeiter aber müssen nach wie vor zig Kilometer anfahren. Doch der Kampf hat bereits begonnen...

Diese Wut der Münchner zeigte sich auch bei dem Prozess. Unter den Zuschauern waren viele, die auf Grund der Flugblätter gekommen waren. Einige haben uns ihre Adresse gegeben, wollen mit uns Kontakt aufnehmen.

RM: Genosse Schmidt, wir danken dir für das Interview. Vor allem aber dafür, dass du durch dein Beispiel gezeigt hast, wie Kommunisten kämpfen, auf der Strasse und vor Gericht.

Berichtigung

Wir berichteten im letzten Roten Morgen über den Austritt Butzbacher Mitglieder aus der D'K'P. Dabei schrieben wir irrtümlich, dass von insgesamt 200 Mitgliedern 57 ausgetreten sind. Es ist aber so, dass die gesamte Ortsgruppe (56 Mitglieder) den D'K'P-Revisionisten den Rücken gekehrt hat.

SOLDATENKORRESPONDENZEN

Solidarität gegen Offiziersterror

SOLDATENKORRESPONDENZ NR. 1

Auf der 1.Mai-Kundgebung der DGB- und D'K'P-Führer bei uns machte ein Block von 60 Genossen und Freunden der KPD/ML und der ROTEN GARDE erfolgreiche Agitation unter den Anwesenden. In den Reihen der KPD/ML waren auch Soldaten des Standorts. Als sie gerade mit Kollegen sprachen, entdeckten sie den Sicherheitsoffizier des Bataillons in Zivil. Als er enttamt war, verschwand er sofort.

Am 3.Mai wurde einer dieser Soldaten zu diesem Offizier gerufen. Der Offizier schwätzte erst lange herum vom 'schiefen Weg im allgemeinen' und von 'Haschhöhlen'. Dann beschuldigte er plötzlich den Kameraden, Mitglied des Komitees 'Soldatenfaust'' zu sein. Er drohte mit strafgerichtlicher Verfolgung.

Am 4.Mai führte der Kompanie-Chef mit einem anderen Kameraden ein Verhör von einer ¾ Stunde durch. Hierbei wollte er herausbekommen, ob am 1.Mai im Block der KPD/ML gewisse Soldaten als 'Rädelsführer' der KPD/ML aufgetreten sind. Er hatte keinen Erfolg.

Am 4.Mai fand ein drittes Verhör statt: ein dicker Bericht über das Verhalten der KPD/ML am 1. Mai lag auf dem Tisch. Die Soldaten wurden jetzt beschuldigt, zersetzende Lieder gesungen und Parolen gerufen zu haben. Der Offizier bezeichnete die Internationale als 'in gewissem Sinn zersetzend'. Beim Verhör rutschte dem Offizier heraus, dass mehrere Spitzel die Aktionen beobachtet hatten.

Wegen des 1.Mai leiteten die Offiziersbanditen gegen zwei Kameraden Disziplinarverfahren ein. Die Kameraden der Kompanie wollten diese Gesinnungsschnüffelei einfach nicht glauben. Viele haben nämlich noch die Illusion, in einer Demokratie zu leben. Sie sagen: 'Die Bundeswehr ist eine Diktatur, aber draussen können wir wenigstens frei leben.' Dieser 1.Mai hat einigen gezeigt, dass das nicht stimmt.

Am 4.Mai war dann ein Leserbrief in der örtlichen Tageszeitung abgedruckt. Absender war ein Sicherheitsoffizier. Normalerweise schreibt die Zeitung den Absender des Briefschreibers dazu. Diesmal nicht. Im Brief lamentiert er in wirrer Weise über die 'verfallene Demokratie'; er bezeichnet die KPD/ML-Genossen als 'Ratten, die vom sinkenden Schiff der D'K'P abgesprungen sind.'' Er wirft Soldatenkomitees, KPD/ML und fortschrittliche Jugendzentren mit Haschhöhlen in einen Topf; er fordert endlich Massnahmen. Ein Kamerad nur kopfschüttelnd dazu: 'Der spinnt!'.

Der Kampf geht weiter! Auch am 1.Mai war der Erfolg auf unserer Seite:

4 Soldaten aus dem Standort waren am 1.Mai zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der KPD/ML. Zwei davon waren von der kämpferischen Stimmung so beeindruckt, dass sie zusammen mit den Genossen in einem antimilitaristischen Komitee zusammenarbeiten wollen.

SOLDATENKORRESPONDENZ NR. 2

Während eines Aufenthaltes auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne legten zwei Kameraden am Mahnmal des KZ Bergen-Hohne zu Ehren und aus Zorn und Trauer über 50 000 ermordete Juden einen ROTEN MORGEN nieder. Der RM hatte als Überschrift: ''Wir kämpfen weiter! Deutschland wird rot!'' 2Tage später hatten irgendwelche Staatsbüttel den RM entfernt.

Ebenfalls während einer Gefechtsübung besuchten zwei Kameraden einen Kriegsgräberfriedhof mit Kämpfern der Roten Armee. Der Friedhof war völlig verwahrlost. An der Gednktafel legten die Kameraden einen RM mit einer Widmung nieder, da sie sich keinen Kranz oder ähnliches besorgen konnten. Auf dem RM war der Kopf des Genossen Stalin. Er war es, der den ruhmreichen grossen vaterländischen Krieg gegen den Diktator Hitler persönlich leitete.

Hier auf dem Friedhof lagen zu Tausenden die Söhne der Völker der Sowjetunion, die aufopferungsvoll für die gerechte Sache des antifaschistischen Krieges bis zum Tode eingetreten waren. **Die heutigen Kreml-Zaren haben diese Gefallenen verraten. (Breshnew hatte sich überhaupt nicht dafür interessiert, als er hier war.) Die D'K'P-Führung lässt die Friedhöfe verrotten.**

Aber der Tod dieser Kämpfer war nicht umsonst. Genossen und Freunde der KPD/ML und zahllose Antifaschisten gedenken dieser Gefallenen. Sie bringen ihnen ihren Führer Stalin.

Beide Kameraden meinten, dass die Gräber gepflegt werden müssen. Es muss die Aufgabe der KPD/ML und der ROTEN GARDE sein, das Andenken an die Kämpfer der sozialistischen Sowjetunion zu ehren und ihre Gräber in einem würdigen Zustand zu halten.

SOLDATENKORRESPONDENZ NR. 3

Bei einem Infanteriegefechtsschiessen kam der Offizier angerannt. Man sah an seinem hämischen Gesichtsausdruck, dass er sich eine Schweinerei ausgedacht hatte: Er überprüfte, ob die Gewehr-Träger Magazin-Taschen dabei hatten. Niemals zuvor war das üblich gewesen. Deshalb hatte sie auch niemand angelegt.

Als 'Erzieherische Massnahme' für das 'Vergessen von 2 Magazintaschen' verhängte er einen **Fussmarsch von 17 km!** Alle 20 Kameraden waren betroffen. Einige widersprachen dem Offizier.

Und die 'erzieherische Massnahme' wirkte: während und nach dem Marsch sehnten sich eine Menge Kameraden Magazintaschen voller scharfer Munition herbei, um diesen Offizier zu liquidieren. Es stand aber diesmal als Kampfmittel noch die Beschwerde auf der Tagesordnung. 5 wollten mitmachen, der Rest fiel um. Das lag daran, dass die Hälfte der Betroffenen ROA's (Reserveoffiziersanwärter) oder RUA's (Reserveunteroffiziersanwärter) waren. Die hatten Angst um ihre Karriere oder waren einfach zu naiv, um die unversöhnliche Kluft zwischen Offizier und Mannschaften zu erkennen.

Von den 5 blieben schliesslich 2 übrig, die es wagten, eine Beschwerde abzugeben. **Die war ein voller Erfolg. Der Kompaniechef musste dem Offizier eine Rüge erteilen.** Als der Kompaniechef mit finsterem Gesicht die Beschwerdeantwort überreichte, stürzten sich alle Kameraden darauf. Jeder wollte die Niederlage des verhassten Offiziers persönlich durchlesen. Ein Kamerad (kleiner Ladenbesitzer) las den Bescheid viermal durch und war ausser sich vor Freude. Ein anderer spendierte eine Runde Bier.

Der Offizier war die nächsten Tage bescheidener und versuchte, sich durch läppische Witze nach dem dem Mittagessen wieder einzuschmeicheln. Wenn auch manche darauf vorübergehend reinfallen, es geht vorwärts.

Seit langer Zeit sahen die Kameraden jetzt: Widerstand führt zum Erfolg!

Für die Kommunisten hat sich bewiesen: Nach 20 Niederlagen kommt der Erfolg, geduldige Überzeugungsarbeit, persönliches Beispiel, immer für die Kameraden da sein, nicht den Kopf hängen lassen, wenn es den Offizieren gelingt, die Kameraden durch Terror oder Schmeicheln mundtot zu machen.

Genauso, wie die Kameraden die Untaten der Offiziere nie vergessen, werden sie auch den Widerstand unter Führung der Kommunisten nie vergessen. Besonders die Arbeiter und unteren Angestellten sagen: ''Was du über die Rote Armee erzählst, ist gut. So müsste es sein. ' Aber wir sind doch zu schwach.''

Die Massen haben ihre Stärke noch nicht erkannt. Sie werden sie erkennen, durch wachsende Kampferfahrung und durch die Arbeit der KPD/ML.

''Ersatzlose Aufhebung von Nordhorn Range''

LEHREN AUS DEM KAMPF

Bereits im letzten Roten Morgen berichteten wir über die Kämpfe der Bevölkerung aus Klausheide und Nordhorn gegen den Nato-Übungsplatz. Wir setzen den Bericht mit einer Einschätzung der Kämpfe fort.



Arbeiter, Bauern, Hausfrauen und Kinder blockieren aus Protest gegen den Düsenlärm eine Straße

Auch in der vergangenen Woche ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, die immer wieder aufflammenden militanten Aktionen der Klausheider und Nordhorner zu ersticken. Das, obwohl die Bourgeoisie alle Register zieht:

– Zu dem Riesenaufgebot von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehreinheiten sind unzählige Zivilspitzel hinzugezogen;

– Die Notgemeinschaft ist zur offenen Zusammenarbeit mit der Polizei übergegangen: Sie selbst ruft die Knüppelgarde zum Einsatz;

– Eine gewaltige Hetze wird gegen die weiteren militanten Aktionen entfaltet.

Warum dieses ungeheure Aufgebot der Bourgeoisie.?

Überall in Westdeutschland wächst die Bewegung gegen Natoübungsplätze, ob in Fürth, Leer, Idar-Oberstein, Dörpen oder Ramsloh. Eben das versetzt die westdeutschen Kriegstreiber in Schrekken: Immer breitere Teile der Bevölkerung weigern sich, für die Kriegspläne der Imperialisten Opfer zu bringen.

Und dann Nordhorn. 'Ersatzlose Aufhebung von Nordhorn-Range!' Das bereitet ihnen Kopfschmerzen. Nicht einfach Verlegung, sondern ersatzlose Auflösung des Nato-Platzes. Der Kampf der Nordhorner und Klausheider gegen Düsenlärm ist zum Kampf gegen die Nato-Strategen überhaupt geworden. Den Nordhornern da nachzugeben, hiesse für die Bourgeoisie, dieser Forderung morgen hundertfach in ganz Westdeutschland gestellt gegenüberzustehen.

Eine empfindliche Stelle des westdeutschen Imperialismus!

Das entschlossene Vorgehen der Bevölkerung um Klausheide, ihre aufgestaute Wut, ihr Hass, die im Kampf für ihre Forderung zum Ausdruck kamen, machten es der Bourgeoisie anfangs unmöglich, diese Bewegung abzuwiegeln.

Mit Terror und Gewalt musste die berechtigte Forderung der Bevölkerung unterdrückt werden. Aber das ist die Schwäche des Imperialismus: Gewalt erzeugt Gegengewalt. Je brutaler die Einsätze der Knüppelbande waren, desto militanter und geschlossener ging die Bevölkerung vor. Und daran wird eines Tages der Imperialismus auch scheitern: Durch seine Gewalttaten macht er sich immer mehr zum Feind des Volkes, isoliert er sich ständig weiter. Das Volk wird ihm aber um so eher ein Ende setzen.

Für die Klausheider war in ihren Kämpfen klar: Rebellion gegen Reaktionäre ist berechtigt!

Was Terror und Gewalt nicht vermochten, sollte die Notgemeinschaft gemeinsam mit den Revisionisten verrichten: Die Bewegung durch Spaltung zu schwächen.

Sicher haben die an der Spitze stehenden Fabrikanten und Kleinbürger ein Interesse daran, dass Nordhorn-Range verschwindet: Bodenpreise würden anziehen, mehr Arbeitskräfte zuziehen usw. Als die Kämpfe aber ständig an Militanz gegen Staat und Nato zunahmen, wussten sie sich vor allem ihrer Klassenverwandtschaft mit den westdeutschen Imperialisten verpflichtet. Offen stellten sie sich auf die Seite der Bourgeoisie, hetzten gegen jede Militanz, gingen zur direkten Zusammenarbeit mit der Polizei über. Hass und Wut der Bevölkerung suchte die Notgemeinschaft nun durch Aktionen wie auf der letzten Kundgebung aufzufangen: 2 000 Luftballons steigen auf, ''damit unser Protest in alle Lande getragen wird!' Wahrhaftig, in alle Lande, nur nicht gegen die Nato!

Die Revisionistenführer der D'K'P und SDAJ aus Nordhorn sind dabei ihre besten Helfer. Kein Wort der Notgemeinschaft, dass nicht durch ihren Applaus gebilligt wäre. Einer ihrer Sprecher: Dass die Notgemeinschaft die Leute verschaukelt, ist klar, aber das kann man nicht öffentlich sagen, weil man damit spalten würde. Ein schrecklicher Gedanke für die Revisionisten, sich von der Bourgeoisie zu spalten! Um sich vollends verdient zu machen, werden Adressen von Militanten, die sich im Lager aufgehalten haben, an die Polizei weitergegeben.

Breite Resignation unter der Bevölkerung über den Verrat der Notgemeinschaft lässt die Kampftätigkeit schwächer werden. Die Bourgeoisie nutzt dies jetzt aus, um weiter gegen militante Aktionen zu hetzen und ihren Weg der '**parlamentarischen** Demokratie' zu propagieren.

Statt von Aufhebung des Nato-Platzes spricht Fabrikant Hanisch jetzt: ''Natürlich wollen wir unsere Verteidigungsbereitschaft nicht schwächen, wir sind nicht gegen die Nato!'' Und so fordern sie: **Vorläufige** Einschränkung des Flugbetriebes, **baldige** Entlastung und **mögliche** Aufhebung. Gross wird rausgestellt, dass Kriegsminister Leber bereit ist, zu verhandeln. Alle Aktionen sollen abgebrochen werden, um dieses Verhandlungsangebot zu erhalten. Ein Bundestagsabgeordneter versucht sogar den antimilitarischen Kampf der Bevölkerung in eine Bewegung für imperialistische Kriegspläne zu verwandeln: Man müsse zu Übungsplätzen im Ausland kommen. Im Klartext: der westdeutsche Imperialismus muss sich noch mehr ausbreiten.

Die ständige Propaganda und Hetze der Notgemeinschaft der Revisionisten und der Presse verfehlen ihre Wirkung nicht. Kleinbürgerliche Schichten billigen das Vorgehen der Notgemeinschaft: Solidarität mit der Notgemeinschaft, so rufen sie. Selbst viele Arbeiter aus den umliegenden Betrieben schwanken.

Diejenigen, die die Führung in die Hand genommen hatten, entpuppten sich als Verräter: Sie haben die Bewegung gespalten. Die Notgemeinschaft in Nordhorn hat klar gezeigt, dass bourgeoise Kräfte sich eine gewisse Zeit zuvor an die Spitze der Bewegung stellen können, dass sie sich aber in den entscheidenden Augenblicken des Kampfes, wo der Stoss offensiv gegen Militarismus und Imperialismus geführt wird, offen auf die Seite der Imperialisten schlagen.

Der weiterhin aktive und militante Teil der Bevölkerung, eine Gruppe von Arbeitern und Jugendlichen, braucht eine neue Führung. Spätestens jetzt ist es notwendig, aus der Spaltung durch die Notgemeinschaft organisatorische Konsequenzen zu ziehen und ein Gegenkomitee aufzubauen, in dem nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat die Führung hat.

Aufgabe dieses Komitees wird es sein, den Kampf für die ersatzlose Aufhebung des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range erneut zu organisieren. Die Stossrichtung des Kampfes gegen Nato und Militarismus unter der Bevölkerung zu propagieren und die Politik der Notgemeinschaft und der Revisionisten ständig zu entlarven.

– Anzeige

J. W. Stalin

WERKE BAND 17

Diese Ausgabe erscheint auf Beschluss des Zentralkomitees der KPD/ML

AUSLIEFERUNG:

GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheck: Hmb 1935 72–207
Telefon: 040 / 4101736

INHALT: 369 Seiten

Reden, Interviews, Telegramme, Befehle und Botschaften Mai 1945 - Oktober 1952

Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaften

Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

ANHANG:

Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau, 9.Februar 1946

Preis: 7,50 DM

Band 17 entspricht in der Ausführung den Bänden 1-13 der 1971 im Verlag ROTER MORGEN erschienen Gesamtausgabe der Werke von J.W. Stalin.

Kontaktadresse: